1934 - 1945

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 4/5/6 April/Mai/Juni 1984 5 Schilling

Leuchtendes Fanal des Antifaschismus

Die Bundeshauptversammlung der sozialistischen Freiheitskämpfer fand 1984 im Zeichen des Gedenkens an den heroischen Kampf der Schutzbündler vor 50 Jahren statt. Die Märtyrer, die damals am Galgen starben, haben sich mutig zu ihrer sozialistischen Gesinnung bekannt. Die Schutzbündler, die im bewaffneten Kampf ihr Leben opferten, standen einem militärisch überlegenen Gegner gegenüber. Sie haben die Ehre der österreichischen Arbeiterbewegung gerettet, die nicht kampflos vor dem Faschismus kapitulierte.

Die Bundeshauptversammlung erinnert an die geschichtliche Bedeutung des Februarkampfes: Nach der Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung vor Hitler schien der Aufstieg des Faschismus unaufhaltsam zu sein. Der Kampf der österreichischen Schutzbündler war, trotz der Niederlage, ein weithin leuchtendes Fanal des Antifaschismus. Er hat den Antifaschisten in allen Ländern wieder Mut, Kraft und Zuversicht gegeben.

Die Bundeshauptversammlung tritt dafür ein, daß das Vermächtnis dieser Februarkämpfe von den heute lebenden Generationen erfüllt wird. Das bedeutet: die Verbreitung der historischen Wahrheit über den 12. Februar 1934 und die entschiedene Zurückweisung der Lüge von einer „geteilten Schuld". Österreich wurde damals eingekreist von faschistischen Diktaturen.

Die Bundeshauptversammlung weist auch darauf hin, daß die Niederwerfung der österreichischen Arbeiterschaft durch den Austrofaschismus Hitler den Weg nach Österreich geebnet hat. Dem Nazifaschismus konnte kein Widerstand geleistet werden, weil Dollfuß den stärksten und verläßlichsten Bundesgenossen im Kampf gegen Hitler, die österreichische Arbeiterbewegung, zerschlagen und entrechtet hat.

Die Bundeshauptversammlung würdigt den illegalen Kampf gegen beide Faschismen, der gleich nach dem 12. Februar 1934 begann und schwere Opfer gekostet hat. Alle, die an diesem illegalen Kampf teilnahmen, auch jene, deren Namen vergessen sind, haben einen Beitrag zur Befreiung Österreichs und zur Errichtung der Zweiten Republik im Jahre 1945 geleistet.

Auch die Tätigkeit jener Sozialisten, die ins Ausland flüchten mußten, um dort den Kampf für Österreichs Freiheit fortzusetzen, verdient Anerkennung. Das gilt besonders für Genossen Otto Bauer, der bis zum letzten Atemzug den Kampf der Revolutionären Sozialisten unterstützte und auch im Exil wertvolle Beiträge zur sozialistischen Theorie leistete. Die Bundeshauptversammlung ist stolz darauf, daß 50 Jahre nach dem 12. Februar 1934 in der internationalen Arbeiterbewegung die Werke Otto Bauers beachtet und erneut diskutiert werden. Diese Renaissance des Austromarxismus beweist:

Österreichs Sozialisten wurden im Februar 1934 militärisch, aber nicht geistig besiegt.

(Resolution, einstimmig beschlossen von der Bundeshauptversammlung 1984.)

Bundeshauptversammlung 1984

Die Bundeshauptversammlung 1984 unseres Bundes fand am 10. und 11. Februar 1984 unter dem Motto „50 Jahre 12. Februar 1934 – 12. Februar 1984“ / „Niemals wieder Faschismus, niemals wieder Diktatur“ im Haus der Begegnung in Wien-Floridsdorf statt. Ein historischer Ort, in dessen näherer Umgebung seinerzeit ein Schwerpunkt der Februarkämpfe war.

Unsere Vorsitzende, Genossin Rosa Jochmann, leitete die Bundeshauptversammlung ein. Sie konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, an der Spitze unseren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler, Genossen Dr. Fred Sinowatz, sowie den Großteil der sozialistischen Regierungsmitglieder, unter ihnen die Minister Salcher, Steyrer, Zilk und Lausecker sowie die Staatssekretäre Dohnal, Lacina und Eypeltauer. Minister Dallinger, der im Ausland weilte, sandte einen Vertreter. Ferner kamen zu unserer Bundeshauptversammlung auch die ehemaligen Regierungsmitglieder Broda, Firnberg und Rösch.

Zur Eröffnung wurde von unseren Genossen Kurt Schmidt (Rezitationen) und Prof. Erwin Weiss (Klavierbegleitung) in ergreifender Weise ein „besinnlicher Rückblick“ gestaltet, der unserer Konferenz einen würdigen Rahmen gab. Am Abend des ersten Tages legte eine Delegation unseres Bundes anläßlich einer Gedenkfeier „50 Jahre Februar 1934“ beim Weissel-Denkmal in Wien-Floridsdorf einen Kranz nieder. Genossin Rosa Jochmann hielt die Gedenkrede, die Feuerwehr hielt Ehrenwache.

Der erste Konferenztag stand im Zeichen der Begrüßungsreden und des Referats unseres stellvertretenden Parteivorsitzenden und Innenministers, Genossen Karl Blecha, der über den „Schutz der Demokratie“ sprach. Der zweite Konferenztag war geprägt von dem Referat des stellvertretenden Vorsitzenden unseres Bundes, Genossen Prof. Josef Hindels. Er sprach über den „12. Februar 1934 und die Gegenwart“. Mit der Behandlung der Anträge und der Neuwahl des Bundesvorstandes ging unsere Bundeshauptversammlung zu Ende. Mit dem „Lied der Arbeit“ und der „Internationalen“ schlossen wir unsere Konferenz ab.

Genossin Rosa Jochmann bei ihrer Ansprache.

„Uns leitet keine Rache“

Genossin Rosa Jochmann verlas eingangs eine Erklärung unseres Bundesvorstandes, die sich heftig gegen die falsche These von der „geteilten Schuld“ ausspricht: Es ist heute eine feststehende Tatsache, daß es im Jahr 1933 eine beschlossene Sache war, das Parlament auszuschalten und einen Ständestaat zu errichten, heißt es in der Erklärung. Es ist auch kein Geheimnis, daß Bundeskanzler Dollfuß sein Ohr am Mund Mussolinis gehabt hat. Von dort aus hat man auch zustimmend das Verbot der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen verfolgt. „Uns leitet keine Rache, aber die Geschichte darf niemals verfälscht werden“, betonte Genossin Jochmann. Ein Akzeptieren der geteilten Schuld würde bedeuten, das widerfahrene Leid zu bejahen und daß wir das Unrecht sowie die Justifizierung unserer Genossen anerkennen.

Im Anschluß verlas Genossin Jochmann noch eine weitere Erklärung unseres Bundesvorstandes, in der sie eine bewegte Stellungnahme zu einer Äußerung „unseres Kampfgefährten Genossen Bruno Kreisky, den wir lieben“, über Otto Bauer abgab. Er hatte in einem Interview die Meinung vertreten, Otto Bauer hätte 1934 nicht „davonlaufen“ sollen. Er hätte der Partei einen größeren Dienst erwiesen, wenn er hiergeblieben wäre. Er wäre auch nicht hingerichtet worden.

„Sie hätten ihn erschlagen“

In ihrer Stellungnahme schilderte Genossin Jochmann mit bewegten Worten die damalige Situation, wie sie sie an der Seite Otto Bauers erlebt hat. Vor dem Beginn der blutigen Auseinandersetzung, die die Partei nicht wollte, hat sie Otto Bauer allein in einer Wohnung eines Schutzbündlers bei der Spinnerin am Kreuz in Wien-Favoriten vorgefunden. „In dieser Situation war Genosse Bauer kein General, er war völlig verstört, verzweifelt und gebrochen. Er sagte immer wieder, daß es weinende Mütter und weinende Kinder an diesem Abend geben wird. In dieser einzigen Situation war Otto Bauer fehl am Platz. Das aber ist keine Kritik, denn wer ihn gekannt hat — und der ihn gekannt hat, ist ein glücklicher Mensch —, der weiß, daß zu diesem wunderbaren Menschen diese Verzweiflung in einer solchen Situation dazugehörte.“

Fortsetzung auf Seite 3

„An der Demokratie darf nicht gerüttelt werden“

Aus den Begrüßungsansprachen bei unserer Bundeshauptversammlung

SPÖ-Vorsitzender Dr. Fred Sinowatz, der den Freiheitskämpfern die Grüße der sozialistischen Bewegung überbrachte, erklärte in seiner Begrüßungsrede bei der Eröffnung der Hauptversammlung unseres Bundes, daß Sozialisten nie die These von der „geteilten Schuld“ zulassen werden. Der 12. Februar 1934 sei zwar, sagen die Wissenschaftler, ein aussichtsloser Kampf gewesen, aber kein sinnloser. Denn elf Jahre später sei ein demokratisches Österreich entstanden. In der Zweiten Republik sind Demokratie, Arbeit, Chancengleichheit, Sicherheit, Wohlstand und Wohlfahrt selbstverständlich geworden, und in der zweiten Hälfte der Zweiten Republik ist eine sozialdemokratische Epoche entstanden. Dies alles, aber auch der Kampf vom 12. Februar 1934, hat es mit sich gebracht, daß heute alle an dieses Österreich glauben. Diese Tatsache ist die Grundlage des österreichischen Staates, sagte Genosse Sinowatz.

Man darf es nicht gering einschätzen, daß sich das offizielle Österreich heute vor den Ereignissen des 12. Februar 1934 verbeugt. Die sozialistischen Freiheitskämpfer haben dazu mit ihrer Erfahrung und ihrer Lebensweisheit beigetragen. „Wir bekennen uns zur Demokratie, und an der Demokratie darf nicht gerüttelt werden.“

Parteivorsitzender Fred Sinowatz bei seiner Ansprache

Der österreichische Weg wird fortgesetzt

Unser Parteivorsitzender unterstrich, daß die SPÖ weiter die bestimmende Kraft in Österreich geblieben ist. Der österreichische Weg wird fortgesetzt, auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Nun gilt es, das Erreichte abzusichern. Eine Sozialdemontage werden wir aber nicht zulassen, sagte Genosse Sinowatz. Die Beschäftigungsmöglichkeit wird auch weiterhin für möglichst viele gesichert werden. In Österreich wird es daher auch keine Massenarbeitslosigkeit geben.

Als Maxime gilt weiterhin die Anständigkeit in der Politik und die Verbundenheit mit den Menschen. Wir werden trachten, nicht nur Minister, Abgeordnete und Bürgermeister zu sein. Vor allem werden wir uns bemühen, daß die Ideale der Kämpfer des 12. Februar 1934 Gültigkeit haben, schloß Genosse Sinowatz.

Benya: Wir wollen niemals vergessen

Genosse Anton Benya, der die Grüße der sozialistischen Fraktion im ÖGB überbrachte, unterstrich die Bedeutung einer demokratischen Erziehung. In der Ersten Republik haben 1,6 Millionen Menschen Arbeit gehabt, aber rund 600.000 waren arbeitslos, davon die Hälfte ohne Arbeitslosenunterstützung. Es ist daher kein Wunder gewesen, daß es zu Auseinandersetzungen gekommen ist. Genosse Benya betonte, daß in den Betrieben heute demokratische Gesinnung vorhanden ist. Wenn sich wieder faschi-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 2

Am Abend des 12. Februar 1934 stiegen rings um die Siedlung bei der Spinnerin am Kreuz Leuchtkugeln auf. Schutzbündler sind zu Genossin Jochmann gekommen und haben sie ersucht, alles daranzusetzen, daß Otto Bauer von Österreich weggeht. „Doch all mein Bitten und Flehen half nicht“, sagte Genossin Jochmann. Otto Bauer hat gesagt: „Ich bin es der Partei schuldig, daß ich bleibe.“ —

Das ist die Wahrheit, betonte Genossin Jochmann. Wir haben getrachtet, alles zu tun, damit Otto Bauer nicht verhaftet wird. Lediglich der Einwand, daß er der Partei nur dienen könne, wenn er lebt, half. Rosa Jochmann schilderte weiters, wie sie für Genossen Bauer am nächsten Tag, dem 13. Februar 1934, einen Rock und eine Arbeiterkappe besorgte, wie sie damals die Arbeitslosen trugen. Sie verließen die Wohnung. Genossin Jochmann ging voran bis zu einem wartenden Auto. Genosse Josef Pleyl organisierte diese Flucht nach Bratislava.

Zuvor beschwor er mich, keinesfalls nachzugeben, denn es werde ganz sicher noch am gleichen Tag die Heimwehr Otto Bauers Versteck auffinden. Und „wir müssen alles tun, damit sie Genossen Bauer nicht verhaften können“, hat Genosse Pleyl gesagt, sagte Rosa Jochmann.

Eindringlich betonte Genossin Jochmann, daß Otto Bauer nicht, so man ihn gefunden hätte, gehenkt worden wäre, doch „sie hätten ihn an Ort und Stelle erschlagen“. Wenige Zeit später reiste Genossin Jochmann mit falschem Paß zu Otto Bauer nach Prag. Seine Gedanken drehten sich um die Familien jener, die justifiziert und deren Männer erschossen wurden, berichtete Genossin Jochmann. Abschließend betonte sie, daß sie diese Erklärung schweren Herzens vorgetragen hat. „Was ich hier gesagt habe, ist die reine Wahrheit.“

„Wir sind mit euch vereint“

Es gibt Parallelen zu den Ereignissen von 1933 in Deutschland und in Österreich 1934. Sie sind bedrückend. Aber es gibt einen gewaltigen und bedeutenden Unterschied. Als Dollfuß und seine Heimwehren begannen, die Demokratie zu zerstören und die österreichische Arbeiterbewegung in die Knie zu zwingen, wartete man nicht auf ein Zeichen von oben, das nie kam. Es kam nicht in Deutschland und es kam nicht in Österreich. Der Republikanische Schutzbund wehrte sich in Wien und an vielen anderen Orten gegen die Zerschlagung der Leistungen der Arbeiterbewegung, die sie so mühsam und vorbildlich geschaffen hat. Nicht kampflos wollte man den Faschisten die Republik preisgeben. Der 12. Februar 1934 ist daher sowohl ein Gedenktag, an den wir uns schmerzlich erinnern, an die Niederlage und all das Leid, welches folgte, als auch ein Tag, auf den die österreichischen Genossen stolz sein können; denn sie hatten, im Gegensatz zu den Deutschen, die Kraft und den Mut, sich zu wehren. Daß sie militärisch gegen eine erdrückende Übermacht unterlegen waren, ändert nichts daran, daß sie moralisch gesehen, einen Sieg davongetragen haben.

Mindestens seit 1933 beschäftigt uns alle die Frage nach den Ursachen der Niederlage, die schließlich im Weltkrieg endete und so unendliches Unheil über die Menschheit brachte. Was hätte man tun müssen und zu welchem Zeitpunkt, um das zu verhindern? War es in Deutschland der sogenannte Preußenschlag am 20. Juli 1932, war es der 30. Jänner 1933, wo sich die einst so mächtige deutsche Arbeiterbewegung hätte erheben müssen, oder wurden nicht vielleicht schon zu Beginn der Weimarer Republik die Weichen falsch gestellt, als die Sozialdemokraten die Klassenstrukturen kaum veränderten? Es ist heute leicht oder zumindest leichter, darauf Antworten zu finden und Versäumnisse festzustellen, doch sollten wir uns nicht zu billigen Schuldzuweisungen hinreißen lassen.

Wer von uns durch die sozialistische Jugendbewegung und die vielfältigen kulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung gegangen ist, wurde maßgeblich von ihnen geprägt. Es ist die Kraft dieses Erlebens, aus der wir geschöpft haben, die es vielen von uns erleichtert hat, die Last der Verfolgung, die Gefahren des Widerstandes und die Existenz im Exil zu ertragen. Diese Kraft hat uns befähigt, unseren Überzeugungen treu zu bleiben. Das Risiko, das die Menschen im Widerstand gegen die Nazis und Faschisten eingingen, war hoch. Man riskierte sein Leben. Daher empfinden wir es als Beleidigung der Opfer, den Widerstandsbegriff für Protestaktionen im demokratischen Staat in Anspruch zu nehmen, wo es kein vergleichbares Risiko gibt.

Mit dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind wir vereint in der Erinnerung an den Widerstand gegen die Naziditatur. Wir sind mit euch vereint in der Erinnerung an die Opfer der Verfolgung, die für die Freiheit kämpften und dafür sterben mußten. Wir sind mit euch vereint in der Erkenntnis, daß ohne eine demokratische Grundlage eine sozialistische Bewegung nicht atmen kann. Die Erfahrung, die wir mit der Demokratie gemacht haben, hat uns aber auch gelehrt, daß sie selbstbewußt und verteidigungsbereit sein muß. Sie muß entschlossen sein, die Feinde von rechts und links energisch zu bekämpfen. Dafür, daß dies in Weimar nicht geschah, haben wir bitteres Lehrgeld zahlen müssen. Soweit man Erfahrungen vermitteln kann, wird es unsere Aufgabe bleiben, der heutigen Generation dies verständlich zu machen, damit sich die Schrecken der Vergangenheit nie wiederholen.

(Aus der Begrüßungsansprache des Genossen Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten.)

Gedenken an die Opfer des Faschismus beim Mahnmal im Wiener Zentralfriedhof: Zentralsekretär Fritz Marsch, Rosa Jochmann, Josef Hindels, Rudolfine Muhr.

Fortsetzung von Seite 3

stische oder diktatorische Gedanken regen sollten, „werden wir alles tun, um ihr Aufkeimen zu verhindern, denn wir wollen niemals vergessen“, unterstrich Genosse Benya.

Gratz: Rettung für das Favoritner Arbeiterheim

Der Wiener Bürgermeister, Genosse Leopold Gratz, gab seiner Bewunderung darüber Ausdruck, wie die Freiheitskämpfer nach dem Krieg mit der anderen Seite in der seinerzeitigen Koalition zusammenarbeiten konnten. Diese Gesinnung ist die Basis unseres Staates geworden. Zu den Februarkämpfen selbst sagte Genosse Gratz, der Kampf der österreichischen Sozialdemokraten sei der erste mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gewesen.

Weiters äußerte sich Genosse Gratz zum Arbeiterheim in Wien-Favoriten, in dem sonst immer unsere Bundeshauptversammlungen stattgefunden haben und dem wir uns als historischen Ort der Partei sosehr verbunden fühlen. Genossin Jochmann wies zuvor darauf hin, daß wir es nie zulassen werden, daß dieses historische Arbeiterheim der Spitzhacke zum Opfer fällt. Genosse Gratz bezeichnete es als eine gute Idee, hier ein Museum der Arbeit beziehungsweise der Arbeiterbewegung einzurichten. „Wenn uns ein solches Museum genausoviel wert ist wie etwa die Restaurierung der Schallaburg, dann ist das Favoritner Arbeiterheim gerettet.“ Am beifälligen Applaus der anwesenden Regierungsmitglieder, auch des Finanzministers, läßt sich vielleicht einiges erkennen, meinte Genosse Gratz.

Marsch: Versöhnlich und mahnend sein

Der SPÖ-Zentralsekretär, Genosse Fritz Marsch, betonte in seiner Begrüßungsrede, daß es jetzt eher als früher gelungen ist, das Bewußtsein zu schaffen, was der 12. Februar 1934 und seine Ereignisse eigentlich bedeuten. Versöhnlich, aber auch mahnend zu sein ist die Aufgabe der Freiheitskämpfer, hob Genosse Marsch hervor. „Der Haß kam und kommt nicht von unserer Seite.“ Das ist verbunden mit der Mahnung, daß es auch heute diktatorische und faschistische Tendenzen gibt. Abschließend appellierte Genosse Marsch an uns und die Mitglieder unseres Bundes: „Bleibt weiter das mahnende Gewissen der Partei.“

Heute kämpfen wir auch für den Frieden

Aus dem Bericht der Genossin Rudolfine Muhr vor der Bundeshauptversammlung

Die stellvertretende Vorsitzende unseres Bundes, Genossin Rudolfine Muhr, erinnerte in ihrem Organisationsbericht an die Bundeshauptversammlung an einige Stationen unserer illegalen Tätigkeit und an den gemeinsamen Aufbau von Heimat und Partei im Jahre 1945, als sich die Tore der Konzentrationslager und Kerker geöffnet haben. Wir, die Häftlinge der KZ und der Kerker, haben damals den Wunsch gehabt, zusammenzubleiben. Das hat darin gewurzelt, daß 1938 Leute aller Weltanschauungen, aller Religionen und alle, die Widerstand gegen Hitler geleistet haben, in die KZ gekommen sind. So ist am 1. April 1938 der erste Zug nach Dachau geführt worden. „In diesem Zug saß in Wahrheit Österreich", erinnerte Genossin Muhr. Das gemeinsam erlittene Leid hat uns nach 1945 veranlaßt, einen Verband zu gründen, den Häftlingsverband. Darin sollte die Gemeinschaft der Häftlinge fortgesetzt werden, ohne Politik, denn alle, die heimgekehrt sind, gingen wieder in ihre Parteien zurück. Wir haben uns bemüht, diesen Gedanken aufrechtzuhalten, beisammenzubleiben, die Lagersprache zu pflegen und die Kameradschaft fortzusetzen. Doch leider hat es nicht gehalten, bedauerte Genossin Muhr. Sehr bald sind heiße Diskussionen über politische Fragen entbrannt. 1947 wurde der Häftlingsverband wieder aufgelöst. Daraus haben sich drei Verbände gebildet gemäß den Parteien, neben unserem Bund das Kuratorium der politisch Verfolgten und der KZ-Verband. Genossin Muhr erinnerte daran, daß unser Bund am 10. Februar 1984 genau 37 Jahre alt war.

Die Schwierigkeiten des Beginns

Im folgenden berichtete Genossin Muhr von der schwierigen Organisationsarbeit in unserem Bund im Jahre 1948. Es ist heute unglaublich, wenn man zurückdenkt, was der einzelne Funktionär alles geleistet hat, denn er war auch Funktionär der Partei, und nicht zuletzt dadurch wurde der Aufbau der Partei so rasch möglich. Als für alle geltendes Beispiel nannte Genossin Muhr unsere Vorsitzende Genossin Rosa Jochmann. Sie war auch damals schon Vorsitzende unseres Bundes, im Parteivorstand, Frauenzentralsekretärin, stellvertretende Vorsitzende der Bezirksorganisation Simmering. Ferner hatte sie die Aufgabe, überall nicht nur ihren Einfluß geltend zu machen, sondern auch die Probleme zu lösen.

Zu unseren wichtigsten Aufgaben damals zählte, für die Hinterbliebenen und Opfer zu sorgen. Im Parlament wurde das Opferfürsorgegesetz beschlossen, und es war unsere Aufgabe, bei den Behörden die Rechte und die Interessen der Opfer und ihrer Hinterbliebenen zu vertreten. Dazu waren unzählige Interventionen notwendig, sagte Genossin Muhr. Eine weitere seit der Gründung unseres Bundes bestehende Aufgabe ist das Wachhalten des Gedenkens an die Opfer. In diesem Zusammenhang wies Genossin Muhr auf Reisen einer Arbeitsgemeinschaft unseres Bundes mit den anderen Verbänden hin, die uns im vorigen Jahr wieder nach Auschwitz und ins Warschauer Ghetto geführt haben.

Das wichtigste Vermächtnis

Als wichtigstes Vermächtnis, das unsere Opfer hinterlassen haben, nannte Genossin Muhr, über die Schrecken des Nationalsozialismus aufzuklären. Wir bringen unseren Protest auch bei Demonstrationen zum Ausdruck, denen wir uns anschließen, betonte Genossin Muhr, zum Beispiel gegen die Aufrüstung. Wir haben den Kampf um die Freiheit nicht aufgegeben. Heute kommt zu dem Kampf gegen die Neonazis, gegen den Antisemitismus noch der Kampf gegen die Aufrüstung und für den Frieden hinzu. Wir nehmen daher auch an allen Friedensdemonstrationen teil. Wir müssen die Jugend dafür gewinnen, daß sie immer mehr und mehr gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faschismus aufsteht, unterstrich Genossin Muhr und stellte mit Genugtuung fest, daß es bereits eine Friedensbewegung gibt, die von jungen Menschen getragen wird. Es wäre zu wünschen, daß aus der Friedensbewegung eine starke Organisation hervorgeht, die allen zeigt, wie ernst es den Menschen mit dem Kampf um Freiheit und Frieden ist, sagte Genossin Muhr unter Beifall.

Visionen als Erbe für die Jugend

Weil von unseren Visionen und Träumen von einst soviel übriggeblieben ist, übergeben wir das, was bis heute erreicht wurde, der Jugend als Erbe, fuhr Genossin Muhr fort und legte anschließend ein Bekenntnis ab: Als wir uns nach dem 12. Februar 1934 in die Reihen der illegalen Revolutionären Sozialisten gestellt haben, haben wir viel durchgemacht, aber es war viel Beglückendes dabei. Diese Freundschaft, diese unsagbar große Solidarität haben wir später nie wieder erlebt. Wir waren nie allein und hatten immer die Gewißheit: Neben mir, neben uns steht ein Bruder mit der gleichen Begeisterung für die Idee der Menschlichkeit, die Idee der Freiheit und des Sozialismus und mit der Hoffnung auf die Stunde der Freiheit, da der Faschismus und die Diktatur wieder zerschlagen werden können.

Begeisterung und Freundschaft

Diese Begeisterung und unvorstellbare Freude, die wir empfunden haben, fuhr Genossin Muhr fort, als die Stunde der Freiheit schlug, konnten wir später auch nicht mehr erleben. Diese Begeisterung und Freundschaft aus der illegalen Zeit habe uns auch befähigt, Partei und Heimat in so rascher Zeit aufzubauen. Genossin Muhr betonte, daß sie diese Zeit in ihrem Leben nicht missen möchte. Und der Jugend wünschte sie aus vollem Herzen, daß ihre Visionen, ihre Träume Wirklichkeit werden können. Diese Wünsche geben wir der Jugend mit auf den Weg. Leicht ist er nicht, vielleicht sogar noch schwieriger als unser Kampf, aber wenn sie durchhält und ihren Ideen treu bleibt, wird die Stunde kommen, in der die Menschen wirklich frei sind und der Frieden in der Welt einzieht, schloß Genossin Muhr unter heftigem Beifall.

Die soziale Demokratie ist unser Ziel

Aus der Rede des Genossen Karl Blecha vor der Bundeshauptversammlung

Der stellvertretende SPÖ-Vorsitzende und Innenminister, Genosse Karl Blecha, referierte bei unserer Bundeshauptversammlung zu dem Thema „Schutz der Demokratie". Eingangs gab er seiner, wie er sagte, tiefen persönlichen Bewunderung und Dankbarkeit für unsere Arbeit Ausdruck. Seine

Am Wort: Karl Blecha.

Ausführungen leitete Genosse Blecha mit grundsätzlichen Bemerkungen ein. Er wies auf das Grundsatzprogramm der SPÖ hin, das Mai-Programm des Jahres 1978, das als einen unverrückbaren Grundsatz die Demokratie beschreibt. Genosse Blecha zitierte im folgenden die von Genossen Bruno Kreisky stammende Darstellung der österreichischen Sozialdemokratie in drei Phasen: In der ersten Phase hat sie die politische Demokratie erkämpft und die Republik, in der zweiten Phase den Wohlfahrtsstaat aufgebaut, und in der dritten Phase, in den siebziger und achtziger Jahren dieses Jahrhunderts, hat sie die große Aufgabe, die politische Demokratie und den Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie weiterzuentwickeln.

Gerade diese soziale Demokratie soll unser aller Ziel sein, die in unserem Parteiprogramm als eine Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit, der Gerechtigkeit und Solidarität dargestellt wird. In ihr sind umfassende soziale Sicherheit durch das Recht auf Arbeit und durch Sorge um die Wohlfahrt der Menschen in allen Lebenslagen, das Recht auf humane Umwelt, auf umfassende Bildung und Ausbildung nach freier Wahl, auch Mitbestimmung und Mitverwaltung lebendige Wirklichkeit. Diese soziale Demokratie wird verwirklicht, indem immer mehr Bereiche der Gesellschaft mit den Ideen der Demokratie durchdrungen werden. Das ist ein sehr umfassender Demokratiebegriff, der über das weit hinausgeht, was heute das Schutzobjekt bestimmter Anstrengungen darstellt.

„Wir haben die Lehren gezogen"

Aus dieser programmatischen Erklärung muß abgeleitet werden, daß alles, was wir zum Schutz der Demokratie tun, unter dem Aspekt der Weiterentwicklung der Demokratie zu geschehen hat. Die Demokratie ist um so leichter zu schützen, je kräftiger sie sich zu entwickeln vermag und je stärker sie zum wirklich allgemein anerkannten Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens wird.

Genosse Blecha wies weiters auf die fast vierzigjährige demokratische Entwicklung in Österreich hin und in diesem Zusammenhang auf die Minderheiten, an deren Behandlung der Stand einer Demokratie zu messen sei. Die Sozialisten haben es nach 14 Jahren Gestaltung der Politik zuwege gebracht, daß jene Ereignisse, die vor mehr als 50 Jahren zur Vernichtung der Demokratie geführt haben, im gegenwärtigen Österreich nicht möglich sind. Wir haben die Lehren gezogen und in uns aufgesogen, was es heißt, zu spät, zu defensiv und allein zu reagieren, sagte Genosse Blecha. Aus diesem Grund machte er auf den internationalen Aspekt des Schutzes der Demokratie aufmerksam. Auch in Europa gibt es noch bedrohte Demokratien, wie etwa Portugal, Spanien oder Griechenland. Dort bestehen nicht solche Voraussetzungen zum Schutz der Demokratie wie hierzulande. Aber auch außerhalb Europas gibt es viele, die unserer Unterstützung bedürfen: soziale Experimente, die vor uns ablaufen, wie etwa die Wiedergewinnung der Demokratie in Chile oder die Entwicklung zur Demokratie in Nicaragua.

Nährboden des Sozialismus

Genosse Blecha zitierte im weiteren aus dem Parteiprogramm: „Ohne Demokratie kein Sozialismus." Dieser Nährboden des Sozialismus, eben die Demokratie, ist der österreichischen Sozialdemokratie, als sie ihre erste unglaubliche Blüte erlebt hat, nämlich in der Ersten Republik, entzogen worden. Im Zusammenhang mit dieser ersten Blüte erinnerte Genosse Blecha an die österreichische Arbeiterkultur, die in der Geschichte ihresgleichen sucht und die titanenhaft wirkte in ihrer schöpferischen Kraft. All das war Teil eines umfassenden und großen politischen Auftrages zur Humanisierung und Demokratisierung der Gesellschaftsordnung. Eine neue Zeit schien angebrochen zu sein, und die Zeit schien reif für die Geburt eines neuen Menschen. Das Humanistische in der Gesellschaft konnte sich damals trotz eines ungleich stärkeren Bewußtseinsbildungsprozesses, als wir ihn in der Zweiten Republik kennengelernt haben, nicht entfalten. Trotz einer gewaltigen Arbeiterbewegung, die bis heute ohne Parallele geblieben ist, weil selbst die formale politische Demokratie Schritt für Schritt, systematisch und wohlvorbereitet demontiert worden ist.

Die Demontage der Demokratie

Die bewundernswerten Organisationen der Arbeiterkultur wurden aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt, ihre Mandatare entrechtet, ihre Vertrauensleute verhaftet. Hunderte waren verblutet, Tausende schwer verletzt. Neun von jenen, derer wir immer gedenken werden, sind von Standgerichten zum Tod verurteilt und gehenkt worden. Wenige Tage später sind dann Zehntausende in einem sozialen Umwälzungsprozeß ohnegleichen aus öffentlichen, halböffentlichen und privatrechtlichen Stellungen hinausgeflogen. Der grünschwarze Austrofaschismus wurde so zum Wegbereiter des noch schlimmeren Nazifaschismus.

Die Demontage der Demokratie hat aber bereits in den frühen zwanziger Jahren begonnen, betonte Genosse Blecha. Mit der Herabwürdigung der Demokratie und der politischen Parteien, mit der Verächtlichmachung des Parlaments, mit den ungesühnten Überfällen auf Vertrauensleute der Arbeiterbewegung und ihre Einrichtungen und mit den vom in- und ausländischen Kapital finanzierten Provokationen.

Die Beschäftigung erhalten

Die Errichtung einer Diktatur ist auch heute überall möglich, sagte Genosse Blecha weiter, wenn auch nicht in derselben Form wie in Österreich geschehen und auch nicht zu jeder Zeit. Es ist deshalb wichtig, geeignete Rahmenbedingungen für die Demokratie zu schaffen. Der wichtigste Punkt dabei ist die Erhaltung der Beschäftigung der Menschen in diesem Land, denn wenn es Arbeitslosigkeit gibt, ist die Hoffnungslosigkeit nicht weit. Das heute modern gewordene Verunglimpfen der Parteien fördert zudem den Ruf nach dem „starken Mann", sagte Genosse Blecha weiter.

Zum Schutz der Demokratie gehört auch die Pflege einer demokratischen Tradition. Wichtig ist daher die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Was unwissenschaftlich, tagesbezogen und opportunistisch ist, muß zurückgewiesen werden. Daher kann auch das Märchen von der „geteilten Schuld" an den Februarereignissen 1934 nicht widerspruchlos hingenommen werden. Weiters unterstrich Genosse Blecha die Verpflichtung, der Jugend die Unbarmherzigkeit einer Diktatur zu erklären. Nicht zuletzt ist Wachsamkeit gegenüber neofaschistischen Umtrieben und terroristischen Aktivitäten, wie wir sie in der Gegenwart finden, geboten und Entschlossenheit angebracht, diesen Anfängen zu wehren.

Genosse Blecha kritisierte im weiteren, daß gerade nun, wenn sich, trotz einzelner Krisengebiete, ein Aufschwung abzuzeichnen beginnt, man die Diskussion über Reprivatisierung von Staatsunternehmen führt. Hier setzt wieder die Diskussion um die Demokratie ein. Nur durch die Mitbestimmung kann erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben werden. Genosse Blecha bekannte sich in diesem Zusammenhang zur aktiven staatlichen Kri-

Fortsetzung auf Seite 8

„Wir müssen handeln!"

Wie war all das möglich? Die Literatur ist mittlerweile voll von Erklärungsversuchen. Als wichtigste These hat sich dabei herauskristallisiert: Hitler hat die Macht nicht „ergriffen", sie ist ihm angedient worden. Zum Beispiel durch die Verblendung konservativer Kräfte oder durch die finanziellen Leistungen der Industrie für die NSDAP oder durch die Sympathie der Großindustriellen mit Hitler oder durch das Hugenbergsche Medienimperium. Aber auch an sich völlig unpolitische Menschen haben das NS-Regime durch Schweigen, Mitläufertum, Denunziationen und Verweigerung von Hilfestellung absichtlich oder unabsichtlich unterstützt. Sie alle, nicht Hitler allein, zerstörten die Demokratie in Deutschland. Für uns ist die zentrale Frage: Haben wir aus alledem die notwendigen und die richtigen Schlußfolgerungen gezogen? Sicherlich kann man für weite Bereiche diese Frage bejahen. Da ist zunächst das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das eine wertbezogene Ordnung ist. Deshalb steht auch das Gebot der Achtung der Menschenwürde gleich am Beginn. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht ein wesentlich stärkeres Gewicht als der Staatsgerichtshof von damals. Die Gewerkschaften sind nicht mehr zersplittert und haben sich zur Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossen. Die Kirchen stehen nicht mehr im Zweifel an der Seite der Mächtigen und im konservativen Lager. Auch die Wirtschaftslage und das System der sozialen Sicherung bieten trotz der gegenwärtigen Krise ein gewisses Maß an Stabilität.

Trotzdem bleiben gewisse Ängste. Eines ist sicher: Bonn ist nicht Weimar. Aber könnte Bonn Weimar werden? Gefahrenzeichen gibt es viele.

Was können wir tun, um uns vor diesen Gefahren zu schützen? Zunächst: Sie bewußt machen und nicht als unbequem lästig zu verdrängen. Es muß eine konkrete Politik betrieben werden, die auf die Würde des Menschen, seine Selbständigkeit, seine Selbstverantwortung und seine Fähigkeit zur Mitbestimmung abgestellt ist. Dazu gehört aber auch der konsequente Einsatz von staatlichen Mitteln gegen die, die anders nicht zur Raison zu bringen sind, der vorhandenen gegen terroristische Aktivitäten, neu zu schaffender, gegen die, die Gesetzeslücken nutzen, um Hitler zu verherrlichen, seine Schriften von draußen her zu verbreiten oder die Leiden derer zu leugnen, die in Auschwitz vergast wurden. Wir Sozialdemokraten haben dazu zahlreiche Gesetzesinitiativen eingeleitet. Wir haben auch die Forderung nach Nichtigkeit der Urteile des Volksgerichtshofes und der Sondergerichte gestellt.

Für uns alle gilt, wir dürfen nicht nur reden, sondern müssen handeln, wie es diejenigen getan haben, die Widerstand geleistet haben. Und zwar dann handeln, wenn es Zeit ist. Für uns alle lautet der Auftrag des demokratisch-sozialistischen Widerstandes: Nur das Eintreten gegen Ungerechtigkeit und den Abbau demokratischer Rechte, das Eintreten für benachteiligte Minderheiten und für die Verwirklichung der Grundrechte kann diktatorische Entwicklungen verhindern.

(Aus der Begrüßungsansprache des Genossen Karl Liedtke, Vorsitzender des Parteirates der SPD.)

Fortsetzung von Seite 7

senbekämpfung. Den Gegnern dieser Vorstellungen ist jedoch die Haltung gegen eine aktive Arbeitsplatzpolitik des Staates und gegen starke Gewerkschaften gemeinsam.

Kampf gegen den Neofaschismus

Im weiteren informierte uns Genosse Blecha im einzelnen über den Kampf gegen neofaschistische Umtriebe. Das Innenministerium spielt dabei eine wichtige Rolle. Vor allem soll eine verstärkte Aufklärungsarbeit den neonazistischen Strömungen entgegenwirken. Genosse Blecha verwies auf ganz konkrete Erfolge und berichtete von einer Reihe von Verhaftungen in- und ausländischer Neonazis in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres, die unter anderem mit bis zu fünf Jahren Haft belegt wurden, oder, bei Ausländern, nach dem Fremdenpolizeigesetz des Landes verwiesen und mit Aufenthaltsverbot belegt wurden. Das Verwaltungsstrafgesetz ermöglicht ein rasches Vorgehen der Polizei. Dazu kommt das novellierte und sehr effiziente Abzeichengesetz, durch das ein vermehrtes Auftreten in der Öffentlichkeit vermieden werden konnte, ferner das Vereins-, Versammlungs- und Fremdenpolizeigesetz.

Neofaschistische Vereinigungen sind verboten worden, wie auch gewisse Bünde und Kameradschaften. Im Zusammenhang mit einem noch effektiveren Vorgehen in diesem Bereich sprach Genosse Blecha von Änderungsabsichten beim Parteiengesetz seitens der Regierungsparteien, weil das bisherige nicht zur Zufriedenheit anzuwenden gewesen ist und sich verschiedene Unklarheiten ergeben haben. Letztlich hat der Verfassungsgerichtshof anläßlich eines konkreten Falls in seiner Erkenntnis vom 1. März 1983 die Ansicht vertreten, daß sich „weder aus dem Wortlaut des Parteiengesetzes noch aus einer anderen Rechtsvorschrift eine Befugnis des Innenministers oder einer anderen Behörde ergebe, aus welchen Gründen auch immer die Hinterlegung der Satzung einer Partei zu verweigern oder sonstige auf die Gründung der politischen Partei Bezug habende allgemeinverbindliche Verfügungen oder Festlegungen zu treffen". Eine Novellierung des Parteiengesetzes sollte auch vorsorgen, daß keine Einschränkungen gegenüber bestehenden Parteien geschehen können. Dazu kommt, daß für die Beschlußfassung einer Parteiengesetznovellierung im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, schloß Genosse Blecha.

An sein Referat, für das er langanhaltenden Applaus bekam, schloß sich eine eingehende Diskussion.

Den Neofaschismus wirkungsvoll bekämpfen

Aus der Diskussion über das Referat des Genossen Blecha

An das Referat von Genossen Blecha schloß sich unter dem Vorsitz von Genossen Leo Lesjak eine eingehende und lebhafte Diskussion, an der sich zahlreiche Funktionäre und Mitglieder unseres Bundes beteiligten.

Genosse Peter Lhotzky (Bundesvorstand) wandte sich gegen das Dollfuß-Bild im ÖVP-Parlamentsklub und gegen die Sprache in der Propaganda der Konservativen, die sich auch im Korneuburger Eid des Jahres 1930 finde.

Genosse Dr. Josef Schneeweiß (Spanienkämpfer) erinnerte aus persönlichem Erleben an den 12. Februar 1934, der einer der erschütterndsten Tage in seinem Leben war. Er wies auf die Wichtigkeit hin, jungen Leuten die jüngere Geschichte augenscheinlich zu vermitteln. Mit Befriedigung äußerte er sich über die kürzlich erfolgte Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen österreichischen Spanienkämpfer im Wiener Garcia-Lorca-Hof.

Genosse Gilbert Wasserberger (Bundesvorstand) brachte seine Anerkennung vor den Februarkämpfern zum Ausdruck. Weiters nahm er zur Sozialpartnerschaft Stellung und warf die Frage auf, wer von den privaten Unternehmern sozial denkt und partnerschaftlich handelt. Die ÖVP-Wirtschaftsfunktionäre fordern Prämien für die Lehrlingsausbildung, sonst sind sie nicht bereit, Lehrlinge auszubilden. Weiters stellte er fest, daß die Opfer der jetzigen Weltwirtschaftskrise Arbeitnehmer der Industriestaaten sind sowie Völker der dritten Welt, wo die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer.

Genosse Bruno Liszka (Kontaktkomitee) wies auf die antifaschistische Passage im Parteiprogramm hin und schlug vor, daß einige Landeshauptleute von uns sie etwas glaubwürdiger vertreten und nicht mehr den Ehrenschutz für Kameradschaftsbälle und dergleichen übernehmen sollten. Er zitierte weiters Genossen Czernetz, der seinerzeit gemeint habe, man solle darauf achten, daß die Partei nicht zu sehr verbürokratisiert und keine Oligarchie werde. Das sei vielleicht etwas überzeichnet gewesen, doch bestehe in gewissen Bereichen diese Gefahr. Wenn in manchen Sektionen Genossen das Gefühl haben, daß sie kein Mitspracherecht haben, sei das bestimmt keine Garantie für die Demokratie in Staat und Gesellschaft.

Genossin Dr. Ruth Contreras (Bundesvorstand) nahm zu Problemen von Asylwerbern in Österreich Stellung, die nicht in Flüchtlingslagern, sondern privat untergebracht sind. Sie richtete an Genossen Blecha das Ersuchen um raschere Abwicklung des Asylverfahrens im Interesse der besseren Integration der politischen Flüchtlinge in die neue Heimat.

Genosse Herbert Exenberger (Bundesvorstand) nahm im Zusammenhang mit dem Schutz der Demokratie zur Freiheit der Kunst, und hier im Detail zu den Hintergründen der „skandalösen Vorgänge" um den Film „Das Gespenst" von Herbert Achternbusch Stellung. Er wies nach, daß hinter der Beschlagnahme des Films Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen sichtbar werden. Im Sinne des Parteiprogramms sollte in den sozialistischen Kultur- und Bildungsorganisationen der Stellenwert der Freiheit der Kunst im engen Zusammenhang mit dem Schutz der Demokratie diskutiert werden.

Genossin Erna Musik (Bundesvorstand) zeigte sich von dem Referat des Genossen Blecha beein-

druckt und sagte, es werde zwar jetzt, wo wir die absolute Mehrheit verloren haben, um so schwieriger sein, aber es sei um so dringender, gegen die Nazis etwas zu unternehmen.

Genosse Pius Strobl (Burgenland) zeigte sich ebenfalls beeindruckt von dem Referat des Genossen Blecha, vor allem, wie er sagte, von den Passagen über die Moral und das Parteiprogramm. Er äußerte dazu den Wunsch, daß es auch dem burgenländischen Parteivorstand vorgetragen werde. Weiters machte er auf den Umstand aufmerksam, daß jede Polizei- und Gendarmeriedienststelle rechtsextreme Zeitschriften zugesandt bekommt. Diese hätten aber auf einer öffentlichen Dienststelle nichts zu suchen.

Genosse Franz Geer (Bezirksgruppe Wien-Simmering) wandte sich gegen den öffentlichen Verkauf der offensichtlichen Nazizeitung „Deutsche National- und Soldatenzeitung" in Österreich.

Genosse Alfred Weissmann (Bundesvorstand) nahm zu den Hindernissen, die von höchstgerichtlichen Instanzen in Österreich in den Weg gelegt werden, um zu einem energischen Verbot neonazistischer Bestrebungen zu gelangen, Stellung. Er gab weiters der Meinung Ausdruck, daß es den Polizeibehörden möglich sein müßte, jede Zusammenkunft neonazistischer Kreise zu verbieten und nicht zu gestatten, daß solche Versammlungen stattfinden.

Genosse Ing. Ernst Nedwed (Klub der sozialistischen Abgeordneten) stellte fest, daß es in letzter Zeit staatlicherseits sehr viele Aktionen gegen die Neonazi gegeben habe. Wenn wir unzufrieden sind, müssen wir auch fragen, wie wir das ändern können. In der letzten Zeit habe es auch einige Verhaftungen von Neonazi gegeben und den Neonaziprozeß, der gezeigt habe, daß man doch einmal Nazi an den Pranger stellen kann, das sei wichtige Öffentlichkeitsarbeit. Denn ohne Druck der Öffentlichkeit werde man auch mit den besten Gesetzen nichts erreichen. Man wisse, daß von Kameradschaftsverbänden bis zum Turnerbund nach wie vor demokratiefeindliche Tendenzen verbreitet werden, aber das sei alles weder von der Polizei noch durch Gesetze greifbar. Wichtig sei daher Aufklärung, wie sie etwa durch eine Broschüre zum 12. Februar 1934 in den Schulen betrieben werde. Im weiteren nahm Genosse Nedwed zur geplanten Novellierung des Parteiengesetzes Stellung und sagte, wir können sie nur gemeinsam mit der ÖVP beschließen, die VP habe aber bis jetzt immer erklärt, sie sei gegen eine Änderung des bestehenden Parteiengesetzes. Selbst wenn es ein neues Parteiengesetz gebe, wäre aber, um das Ziel zu erreichen, auch ein novelliertes Wahlgesetz notwendig, denn jetzt könne sich jede Wahlgemeinschaft formieren und zur Wahl antreten. Verfassungsfragen seien Machtfragen, der Druck im antifaschistischen Kampf müsse daher verstärkt werden.

Genosse Hannes Weninger (Sozialistische Jugend Niederösterreich) forderte die moralische Aufrüstung der Partei und auch deren Reideologisierung. Diese Arbeit sollte der Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer gemeinsam mit den sozialistischen Jugendorganisationen leisten. Die Gedenkfeiern zum 12. Februar sollten ein Grundstein für eine eingehende Diskussion um eine Rückbesinnung auf die Tradition der Arbeiterbewegung sein.

Genosse Franz Inkret (Landesverband Obersteier) fragte, wo „ein Herr Graff" im Parlament das Recht hernehme, im Zusammenhang mit der Diskussion um die Aufhebung der Immunität des niederösterreichischen Landeshauptmannes Ludwig wegen finanzieller Verfehlungen von Politjustiz zu sprechen; ein Vertreter jener Partei, deren Vorgängerin, die Christlichsoziale Partei, den gewählten Nationalrat Koloman Wallisch an den Galgen schleppte. Genosse Inkret fügte noch hinzu, daß vor seiner Zellentür, der Zelle Nummer 9, Genosse Wallisch von seiner Frau Paula Abschied genommen hat.

Stellvertretender SPÖ-Vorsitzender Innenminister Karl Blecha bei der Enthüllung des Denkmals für die gefallenen Schutzbündler im Wiener Zentralfriedhof.

Genosse Karl Mach (Bezirksgruppe Wien-Favoriten) wandte sich gegen den Ausspruch des ÖVP-Wirtschaftssprechers Robert Graf, der Dollfuß als ersten Märtyrer von Österreich bezeichnete.

Genosse Blecha zeigte sich abschließend beeindruckt von der Länge der Diskussion und vom Inhalt der zahlreichen Beiträge.

Kameraden,
die ihr in spanischer Erde ruht,
euch wurde
ein bescheidenes Denkmal
gesetzt,
eine Tafel
an einem Wiener Gemeindebau,
benannt nach dem Dichter
Federico Garcia Lorca,
getötet von den Faschisten
wie ihr!

Josef Schneeweiß

Am 18. Februar 1984 wurde in Anwesenheit des spanischen Außenministers ein Häuserblock in Wien-Floridsdorf nach dem von den Franco-Faschisten 1936 ermordeten Arbeiterdichter Federico Garcia Lorca benannt und außerdem eine Tafel an dem Haus angebracht zur Ehre der in Spanien in der Internationalen Brigade kämpfenden Österreicher. 800 sind gefallen, und ihr Blut tränkt Spaniens Erde. Begrüßt hat der Bezirksvorsteher, Genosse Landsmann, wunderbare Reden hielten der spanische Außenminister und Genosse Dr. Josef Schneeweiß, wir legten einen Kranz nieder.

Rechtzeitig den Anfängen wehren

Aus dem Referat des Genossen Josef Hindels vor der Bundeshauptversammlung

Genosse Josef Hindels referierte anläßlich des 50. Jahrestages der Februarkämpfe über den „12. Februar 1934 und die Gegenwart". Mit Genugtuung stellte er in seinem Referat eingangs fest, daß nun, 50 Jahre nach dem 12. Februar 1934, nicht mehr versucht wird, wie das jahrelang geschehen ist, die historischen Ereignisse von damals zu verdrängen. Politiker und Wissenschaftler, Zeugen der Zeit und auch jüngere Menschen nehmen zum 12. Februar 1934 Stellung, in den Schulen wird dieses Thema im zeitgeschichtlichen Unterricht behandelt. Wir könnten daher jetzt sagen, daß wir zufrieden sind, denn unsere Parole „Niemals vergessen!" ist endlich beachtet worden. Und dennoch will ich eindringlich warnen vor einem Gefühl der Selbstzufriedenheit, sagte Genosse Hindels. Wenn wir auch erreicht haben, daß der 12. Februar 1934 im Mittelpunkt steht, wenn auch der Staat, wenn auch das Bundesheer anläßlich des 12. Februar 1934 in Erscheinung treten — was wir grundsätzlich begrüßen —, so ändert das nichts daran, daß noch immer die Geschichtslüge von der „geteilten Schuld" durch Österreich geistert. Genosse Hindels verwies in diesem Zusammenhang auch auf die von Genossin Jochmann zu Beginn unserer Bundeshauptversammlung vorgetragene Erklärung unseres Bundesvorstandes, in der sie betonte, daß wir auch in Zukunft diese Geschichtslüge mit aller Entschiedenheit bekämpfen werden.

Am Wort: Josef Hindels.

Gegen würdeloses Versöhnlertum

Wir sollten uns aber auch gegen eine Tendenz des „würdelosen Versöhnlertums" wenden, fuhr Genosse Hindels fort. Darunter, erläuterte er, ist die oft in weinerlichem Ton ausgesprochene Beschwörung, keine alten Wunden aufzureißen und sich vor den Toten auf beiden Seiten zu verneigen, zu verstehen.

Dazu ist zu sagen, daß wir jeden bedauern, der damals sein Leben verloren hat, und wir wissen, daß auch um Angehörige des Bundesheeres und um Angehörige der faschistischen Heimwehr Mütter und Frauen geweint haben. Aber es ist und bleibt ein entscheidender Unterschied, ob jemand für die Freiheit und für die Demokratie gekämpft hat oder ob er im Kampf für die Zerstörung der Demokratie gestorben ist. Dieser Unterschied darf nicht verwischt und verschleiert werden. Wunden werden nicht durch Lügen geheilt, sagte Genosse Hindels unter Beifall. Es ist notwendig, die historische Wahrheit zu sagen, aber nicht weil wir Rachegefühle haben — die haben wir nicht —, sondern weil man aus der Geschichte nur dann lernen kann, wenn man sie kennt, wenn man weiß, was sich damals wirklich ereignet hat.

Es gibt keine geteilte Schuld

Heute kommen immer mehr Historiker, auch Nichtsozialisten, zu dem Schluß, der für uns eine Selbstverständlichkeit ist, sagte Genosse Hindels weiter, nämlich daß die bürgerlich-konservative Seite den faschistischen Staatsstreich jahrelang vorbereitet hat. Als es Anfang der zwanziger Jahre, als die faschistischen Wehrverbände aufgestellt wurden, immer wieder bewaffnete Überfälle auf Angehörige unserer Bewegung und auf unsere Einrichtungen gab, waren das bereits einzelne Schritte zum 12. Februar 1934 sowie in der Folge der 15. Juli 1927 und die verfassungswidrige Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß. Die Schutzbündler jedoch haben die Verfassung und die Demokratie gegen eine Regierung des Staatsstreichs verteidigt.

Nachhaltig unterstrich Genosse Hindels, daß wir es den Schutzbündlern, die am Galgen starben oder im Kampf fielen — auch wenn wir keinen Haß gegen die Verfolger von damals empfinden — schuldig sind, auszusprechen, was wahr ist: Es gibt keine „geteilte Schuld". Der entscheidende Fehler der Sozialdemokratie, den auch Otto Bauer im Exil selbstkritisch zugegeben hat, ist das ständige Zurückweichen vor den faschistischen Angriffen und den Verletzungen der Verfassung durch die Regierung Dollfuß gewesen. Dieses Zurückweichen hat die eigenen Reihen geschwächt und dazu geführt, daß der Generalstreik am 12. Februar 1934 nicht gelungen ist. Genosse Hindels betonte, daß diese Kritik aber nicht bedeutet, daß wir die große Leistung Otto Bauers, der bis zu seinem Tod die illegalen Kader in Österreich unterstützt hat, vergessen oder geringschätzen. Er hat zwar geirrt, doch auch, was bei Spitzenfunktionären selten ist, den Mut zur Selbstkritik gehabt. Otto Bauer hat die ganze Verantwortung übernommen, obwohl in Wirklichkeit für die Politik der Partei ja der gesamte Parteivorstand verantwortlich gewesen ist. Genosse Hindels unterstrich seine Meinung, daß die Tatsache, daß Otto Bauer 1934

sich gegen seinen Willen schließlich doch überreden ließ, Österreich zu verlassen, ein großer Gewinn für den österreichischen und darüber hinaus für den internationalen Sozialismus gewesen ist. Genossin Jochmann ist heute dafür zu danken, daß sie damals alles getan hat, daß Otto Bauer nicht geblieben ist, denn die Faschisten hätten ihn erschlagen.

Renaissance des Austromarxismus

Genosse Hindels kam dann auf die Bemühungen um eine Renaissance des Austromarxismus in der internationalen Arbeiterbewegung zu sprechen. Schriften Otto Bauers werden in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet, ins Italienische und Französische übersetzt. Die neun Bände der Werkausgabe der Schriften Otto Bauers sind wirklich ein literarisches Denkmal, das dieser großen Persönlichkeit gesetzt wurde. Daraus ist auch ersichtlich, was Otto Bauer in der kurzen Zeitspanne vom Februar 1934 bis zum Juli 1938 noch geleistet hat. Er war es, der die „Arbeiter-Zeitung", die damals über die tschechoslowakische Grenze nach Österreich kam, redigierte und das meiste darin geschrieben hat. Er war es auch, der gegen starke Widerstände durchgesetzt hat, daß die Sozialistische Internationale die Revolutionären Sozialisten anerkannt und unterstützt hat. Seine ganze Erfahrung, sein ganzes Wissen und seine internationalen Beziehungen hat er in den Dienst der illegalen Kader gestellt und immer wieder betont, daß er für sich keinen Führungsanspruch will, sondern die Entscheidungen von jenen getroffen werden müssen, die im Land die illegale Arbeit leisten.

Gleichberechtigte Mitarbeit

Im weiteren kam Genosse Hindels auf die Wichtigkeit der beschlossenen Statutenänderung unseres Bundes zu sprechen, die nun auch jüngeren Menschen, also auch jenen, die nicht unmittelbar der Generation der Freiheitskämpfer angehören, die gleichberechtigte Mitarbeit in unserem Bund ermöglicht. Das ist von ganz besonderer Bedeutung, betonte Genosse Hindels. Die Geschichte kennt zwar keine Wiederholungen, daher wird es auch keinen zweiten 12. Februar 1934 wie vor 50 Jahren

geben, aber die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, die damals an der Zerstörung der Demokratie beteiligt waren, sind nicht verschwunden.

Die Gefahr erkennen

Heute ist es dokumentarisch belegt, daß die Heimwehr seinerzeit nicht nur vom italienischen Faschismus und vom Horthy-Regime, sondern auch von den führenden Unternehmerorganisationen, ganz besonders von der Vereinigung Österreichischer Industrieller, mit riesigen Geldsummen unterstützt wurde. In diesen Kreisen des in- und ausländischen Großkapitals kann man zwar heute auf Grund eines veränderten Kräfteverhältnisses, aber auch auf Grund einer ganz anderen außenpolitischen Lage — Österreich war damals eingekreist von faschistischen Staaten — den 12. Februar 1934 nicht wiederholen, aber man versucht die Demokra-

tie zu schwächen, wo immer das möglich ist. Diese Gefahr muß man erkennen, warnte Genosse Hindels.

Sozialdemontage schwächt die Demokratie

Wer behauptet, es gibt heute keinen Kapitalismus mehr, wird für diese Gefahr blind sein. Der Kapitalismus hat in den letzten Jahrzehnten zwar Wandlungen durchgemacht, aber sein Wesen nicht geändert. Heute wie damals schafft er den Nährboden für faschistische Umtriebe. Die Hetze, die heute gegen die sozialen Errungenschaften betrieben wird, erinnert an die zwanziger und dreißiger Jahre, auch wenn sich das Vokabular geändert hat. Damals sprachen die Reaktionäre vom „revolutionären Schutt", der weggeräumt werden müsse. Heute behaupten sie, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, jeder weitere soziale Fortschritt führe zum Ruin der Wirtschaft. Wer für die Verkürzung der Arbeitszeit plädiert, gilt als Buhmann der Nation. Diese zügellose Hetze dient der psychologischen Vorbereitung der Sozialdemontage, die in der Bundesrepublik Deutschland unter der Regierung Kohl bereits begonnen hat. Sozialdemontage, das haben uns bittere Erfahrungen in der Ersten Republik gelehrt, schwächt und gefährdet die Demokratie. Die große Wirtschaftskrise des Kapitalismus schafft in allen von der Geißel der Arbeitslosigkeit bedrohten Ländern die Gefahr eines neuen Faschismus. In den kapitalistischen Industrieländern gibt es heute bereits nahezu 35 Millionen Arbeitslose. Daß Österreich eine wesentlich geringere Arbeitslosenrate hat als andere Staaten, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß bei uns 13 Jahre lang Sozialisten regiert haben.

Genosse Hindels wies weiters darauf hin, daß auch wir heute die Krise spüren, und er meinte, daß jene Unrecht haben, die jetzt sagen, die Krise gehe zu Ende, ein neuer Wirtschaftsaufschwung bereite sich vor. Einige, die so gerne den Himmel beobachten, sehen einen „Silberstreif". Aber die Wirtschaftswissenschaftler, nicht nur sozialistische, sagen etwas anderes, nämlich, auch wenn ein neuer Wirtschaftsaufschwung kommt, zu dem es vorläufig be-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

scheidene Ansätze gibt, und wenn sich dieser Wirtschaftsaufschwung verstärken sollte, bedeutet das noch lange nicht, daß das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst wird. Wir haben es ja heute nicht nur mit einer Arbeitslosigkeit als Folge der Überproduktion zu tun, sondern immer entscheidender wird die Einführung neuer Technologien.

In diesem Zusammenhang erinnerte Genosse Hindels an Otto Bauer, der bereits 1931 in seinem Buch „Rationalisierung und Fehlrationalisierung" gesagt hat: „Wir sind keine Maschinenstürmer, wir lehnen den technischen Fortschritt nicht ab, aber wenn der technische Fortschritt unter den Bedingungen des Kapitalismus vor sich geht, dann müssen wir damit rechnen, daß er eine ständig wachsende Armee von Arbeitslosen schafft."

Neonaziorganisationen verbieten

Nochmals unterstrich Genosse Hindels, daß Zeiten der Krise, der Massenarbeitslosigkeit und Zeiten, in denen die Menschen, die noch Arbeitsplätze haben, davor zittern, sie zu verlieren, einen günstigen Nährboden für antidemokratische und letztlich faschistische Umtriebe bilden. Wenn man diese ökonomische Entwicklung im Auge hat, darf man die Gefahr von rechts nicht unterschätzen. Der Antisemitismus ist, wie Meinungsumfragen zeigen, keineswegs überwunden. Für manche spielen heute Türken und Jugoslawen eine ähnliche Rolle wie seinerzeit die Juden. Sie werden für alle Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich gemacht. Eng verbunden mit diesem Fremdenhaß ist die Sehnsucht nach einem „starken Mann", der alle Probleme, mit denen die Demokratie nicht fertig wird, autoritär löst.

Solidarität mit dem Freiheitskampf der Völker Lateinamerikas

Die Bundeshauptversammlung erinnert an die Bedeutung der internationalen Solidarität für den Freiheitskampf unter zwei faschistischen Diktaturen in Österreich. Heute ist diese internationale Solidarität notwendiger denn je zur Unterstützung jener Völker, die in vielen Teilen der Welt, insbesondere in Lateinamerika, für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen.

Zehn Jahre nach der Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Allende gibt es in Chile Massendemonstrationen gegen die Militärdiktatur. Auch in anderen Ländern Lateinamerikas sind die Völker in Bewegung geraten, und nicht mehr bereit, Ausbeutung und Unterdrückung zu ertragen.

In Nicaragua ist es gelungen, die Diktatur in einem revolutionären Kampf zu stürzen und den Weg des sozialen Fortschritts zu beschreiten. Die Bundeshauptversammlung tritt für die Unterstützung Nicaraguas ein, und protestiert entschieden gegen alle Versuche, eine militärische Invasion gegen dieses Land vorzubereiten, so wie dies in Grenada geschehen ist. Die Gründung eines Nicaragua-Komitees in Österreich wird begrüßt. Die Bundeshauptversammlung appelliert an alle Sozialisten, dieses Komitee materiell und moralisch zu unterstützen.

(Resolution, einstimmig beschlossen von der Bundeshauptversammlung.)

Nur wenn man diese bedenklichen Erscheinungen berücksichtigt, wird die reale Gefahr des neuen Faschismus erkennbar. Nicht die zahlenmäßige Stärke der verschiedenen, untereinander zerstrittenen Neonazigruppen ist beunruhigend, sondern die Tatsache, daß sie an vorhandene Vorurteile und Stimmungen anknüpfen. Wir sozialistischen Freiheitskämpfer verlangen daher angesichts dieser Entwicklung erneut ein Verbot aller neonazistischen Organisationen und die verstärkte Aufklärung über das Wesen und die Verbrechen des Faschismus, betonte Genosse Hindels.

Ohne Solidarität keine Erfolge

Genosse Hindels kam dann noch im Zusammenhang mit der Diffamierung sozialer Errungenschaften auf die für die Arbeiterbewegung gefährliche Tendenz der Entsolidarisierung zu sprechen. Ohne Solidarität, sagte er, wären die vielen Erfolge, die wir erreicht haben, niemals möglich gewesen. Heute gibt es diese Entsolidarisierung, sie bezieht sich manchmal auf Ausländer, manchmal auf Frauen oder auch auf verschiedene Regionen. In diesem Zusammenhang äußerte Genosse Hindels sein Bedauern darüber, daß es möglich gewesen ist, eine sogenannte „Frauenfront" mit den Frauenorganisationen der ÖVP und der FPÖ zu bilden mit der Spitze gegen den sozialistischen Sozialminister. Wir haben immer volles Verständnis dafür gehabt, daß die Frauen eine eigene Organisation in der Bewegung haben, da sie in vielen Beziehungen benachteiligt sind und so besser für ihre Interessen eintreten können. Wenn sich die Frauen unserer Partei heute benachteiligt fühlen, etwa im Zusammenhang mit der Pensionsreform, dann haben sie das Recht, in der Partei Alarm zu schlagen und mit aller Entschiedenheit ihren Standpunkt zu vertreten, aber sie haben nicht das Recht, eine gemeinsame Front mit den Frauen der bürgerlichen Parteien zu bilden, sagte Genosse Hindels unter Beifall.

Im weiteren wies er auf die Gefahr des Verzichts auf sozialistische Ideologie hin. Wäre die Sozialdemokratie der Ersten Republik eine Partei ohne Ideologie gewesen, hätte es den heldenhaften Kampf der Schutzbündler nicht gegeben. Auch die illegale Bewegung unter zwei faschistischen Diktaturen ist nur möglich gewesen, weil Österreichs Sozialisten durchdrungen waren von sozialistischer Ideologie. Namens unseres Bundes begrüßte Genosse Hindels in diesem Zusammenhang die Ankündigung von Parteivorsitzendem Genossen Sinowatz, in nächster Zeit in der SPÖ eine Grundsatzdiskussion zu führen.

Die drei Hauptaufgaben

Abschließend nahm Genosse Hindels zusammenfassend zu den drei Hauptaufgaben unseres Bundes Stellung: Erstens ist der konsequente Kampf gegen einen neuen Faschismus zu führen und rechtzeitig den Anfängen zu wehren. Zweitens muß man den Menschen die Wahrheit sagen über die Vergangenheit, aber auch über die Gegenwart, insbesondere darüber, was die Ursachen der gegenwärtigen großen Krise sind. Die dritte Hauptaufgabe ist nur im Verein mit jüngeren Menschen zu erfüllen, sie besteht darin, dafür zu sorgen, daß es in unserer Partei in Zukunft mehr Gesinnungssozialisten gibt, denn das, was wir brauchen, ist weniger Opportunismus, aber mehr sozialistische Gesinnung, schloß Genosse Hindels unter lebhaftem Beifall.

Der neugewählte Bundesvorstand

Ehrenvorsitzender: Prof. Manfred Ackermann.

Rosa Jochmann, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Rudolf Trimmel, Alfred Billmaier, Alois Ballek, Eduard Schlesinger, Kurt Schmidt, Robert Blau, Friedrich Eibicht, Karl Milota, Paul Bernstein, Stefan Billes, Alexander Blum, Herbert Exenberger, Stefanie Fahn, Alfred Franzmayr, Ferdinand Kaiser, Hermann Lackner, Leo Lesjak, Peter Lhotzky, Erna Musik, Hans Pawlik, Karl Reinthaler, Hans Schiller, Erwin Schramm, Otto Skritek, Franz Stern.

„Eine Schuldigkeit des Staates"

Die diesjährige Bundeshauptversammlung stand im Zeichen des Gedenkens an die furchtbaren Ereignisse des Jahres 1934. Die Ursachen und Zusammenhänge in objektiver Weise jenen Generationen darzustellen, die diese Ereignisse aus eigener Wahrnehmung nicht beurteilen können, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Durch die Weitergabe dieses Wissens- und Erfahrungsgutes auf möglichst breiter Basis wird das Verständnis für Freiheit und Demokratie wesentlich gestärkt werden.

Daß es hier bei unseren jungen Staatsbürgern noch vieler Informationsarbeit bedarf, liegt auf der Hand. Dieser Aufgabe widmet sich die Vorsitzende Rosa Jochmann in unermüdlicher Weise, wofür ihr unser besonderer Dank gebührt. Ich glaube, daß die jungen Menschen erkennen, wenn man ihnen die Ereignisse der Vergangenheit richtig vor Augen führt, daß sie trotz der angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse heute noch einiges zu verlieren haben und daß es sich lohnt, für die Ideen der Demokratie und Freiheit einzutreten und sie zu verteidigen. Aber ich glaube, man muß den jungen Menschen auch sagen, daß jene Österreicher, die aus Konzentrationslagern, Arbeitslagern und aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, nicht gleich die ihnen gebührende Wiedergutmachung erhalten konnten.

Es hat viele Jahre gedauert, bis diejenigen, die den Glauben an Österreich niemals aufgegeben und für die Freiheit dieses Staates gekämpft haben, für ihre Schäden finanzielle Abgeltungen erhalten haben. Alle verantwortungsbewußten Kräfte waren sich darüber einig, daß man zuerst mit dem Wiederaufbau unserer Republik beginnen und sie lebensfähig machen müsse. Mit Rücksicht auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse wurden berechtigte Forderungen viele Jahre hindurch zurückgestellt. Dies hat auch heute noch seine Auswirkungen. In der Opferfürsorgekommission werden immer wieder menschlich tragische Schicksale behandelt. In einer Reihe von Fällen konnte und kann geholfen werden.

Obwohl die Zahl der Opfer infolge der Altersschichtung erheblich zurückgeht, haben wir bei den Fürsorgeleistungen nach wie vor eine solche Tendenz nicht zu verzeichnen. So wurden im Jahre 1982 insgesamt 6,8 Millionen Schilling an zirka 2400 Personen und im Jahre 1983 6,5 Millionen Schilling an zirka 2650 Personen ausbezahlt. Für Darlehen und Studienbeihilfen wurden im Jahre 1982 15,4 Millionen Schilling ausgegeben, für Heilfürsorge und orthopädische Versorgung wurden Kosten in Höhe von 15,1 Millionen Schilling aufgewendet. Ferner konnten 46 Anträge auf Gewährung eines Härteausgleiches positiv erledigt werden. In 17 Fällen hat die Opferfürsorgekommission beantragt, die Nachsicht von den Anspruchsvoraussetzungen zu erteilen. Aus den angeführten Zahlen ergibt sich, daß der Ausgleichstaxfonds für die Opfer, insbesondere im fortgeschrittenen Alter, von großer Bedeutung ist. Die gesetzliche Grundlage des Ausgleichstaxfonds, nämlich das Invalideneinstellungsgesetz, ist mit 31. Dezember 1989 befristet. Vor Ablauf dieser Frist soll geprüft werden, ob ein weiterer Bedarf besteht, dieses Gesetz in Wirksamkeit zu belassen. Auch wenn der Kreis dieser Opfer bis zu dem angeführten Zeitpunkt sich weiterhin stark verkleinert haben wird, so glaube ich, daß der Ausgleichstaxfonds auch zu dem angeführten Zeitpunkt noch immer einen wichtigen Bestandteil der Opferfürsorge bilden wird. Es gibt in Österreich starke Bestrebungen, dieses Gesetz mit dem angeführten Zeitpunkt auslaufen zu lassen. Damit wäre aber die gesetzliche Grundlage für die Fürsorgetätigkeit entzogen. Ich möchte daher die sozialistischen Freiheitskämpfer aufrufen, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß auch nach dem angeführten Zeitpunkt die Unterstützungs- und Fürsorgetätigkeit für die Opfer gesetzlich gesichert bleibt.

Ich glaube, daß es eine Schuldigkeit unseres Staates ist, den Lebensabend dieser vom Schicksal schwer geprüften Mitbürger ein wenig lebenswerter zu gestalten. Das Sozialministerium wird versuchen, seiner Aufgabe auch in dieser Hinsicht gerecht zu werden und seine Tätigkeit in diesem Sinne fortzusetzen.

(Grußbotschaft von Sektionschef Dr. Karl Ernst, Bundesministerium für soziale Verwaltung.)

Februar 1934 – und Thatchers Niedergang

Der Greater London Council, vergleichbar dem Wiener Landtag, hatte den Wiener Bürgermeister eingeladen, eine Ausstellung über die Februar-Ereignisse im Österreich des Jahres 1934 nach London zu schicken. Was dann — mit der sehr regen Hilfe des österreichischen Kulturinstitutes in London — im Vorraum der Royal Festival Hall gezeigt wurde, war aus verschiedenen Gründen recht bescheiden ausgefallen, genügte aber, um die Erinnerung an die Februar-Kämpfe, an die Verzweiflung des letzten Aufbäumens österreichischer Sozialdemokraten beim Untergang der Ersten Republik im Austrofaschismus zu wecken.

Zur Eröffnung der Ausstellung, die für die österreichische Seite Heinz Fischer vornahm, waren neben den Spitzenfunktionären des LCC auch die Führer der Labour Party gekommen, zusammen mit vielen, vielen alten Freunden aus guten und schlechten Tagen, Männern und Frauen, die, wie Lady Gaitskell, die Witwe des Labourführers der fünfziger Jahre, oder wie Lady Bevan, vor allem den Wienern besser bekannt als Jenny Lee, und Lord Elwyn-Jones, der frühere Justizminister, in den Tagen nach dem Februar 1934 oder dann auch in den schwierigen ersten Besatzungsjahren nach 1945 Österreichs Sozialdemokraten viel politische und materielle Hilfe geleistet haben.

Nun, da die Februar-Gedenkfeiern verklungen sind, mag noch immer die Frage interessieren, was den Greater London Council, oder besser seine Labour-Mehrheit, bewogen haben mag, ein halbes Jahrhundert später des Februar 1934 zu gedenken. Ein Zeichen großer internationaler Solidarität, gewiß, geboren aus der Erinnerung jener, die damals als englische Freunde die Opfer des Kampfes, uns als die Geschlagenen und auch die Hinterbliebenen von Erschossenen und Gehenkten, besuchten, und die ihre damaligen Eindrücke ein Leben lang nicht vergessen konnten und wollten — wie wir auch.

Aber dem österreichischen Beobachter drängen sich noch andere Erwägungen auf, und ohne übertriebene und gefährliche Parallelen konstruieren zu wollen, muß doch einiges festgehalten werden. Da ist natürlich — und dies ist allen bewußt — die Tatsache, daß die Konservativen unter Thatcher nicht nur den Greater London Council, sondern auch andere, ähnliche und gleichfalls von Labour beherrschte Verwaltungen großer Städte in der heutigen Form und Umgrenzung abschaffen wollen. In diesem Sinne gibt es tatsächlich einen konservativen Marsch auf das rote London.

Von der Demokratie zum Polizeistaat

Und dies spielt sich in einem Lande ab, in dem es um die bürgerlichen Freiheitsrechte nicht zum Besten bestellt ist. Übergriffe der Polizei, Gesetzesverletzungen von Sonderabteilungen und Geheimdiensten kommen viel häufiger vor, als der Kontinentaleuropäer, der noch immer England, und damit meint er Großbritannien, als Hort der Demokratie ansieht, sich vorstellen kann. In den letzten Jahren gab es mehrere ungeklärte Todesfälle von Polizeihäftlingen. Es gibt Hausdurchsuchungen bei linken (und das heißt sozialdemokratischen) Journalisten, nur weil sie bekannte Atombombengegner sind. Wenn, wie es in einem Fall geschah, ein Polizist mit einer (übrigens von den USA gelieferten) Munition, die für die Zerstörung von Straßenbarrikaden bestimmt ist, in voller Absicht einen Mann anschießt und schwer verwundet, von dem sich dann auch noch herausstellt, daß er nicht einmal Teilnehmer der Demonstration war, um die es damals ging — dann gibt es oberflächliche Untersuchungen, aber nie ernsthafte Bestrafungen. Bei Hausdurchsuchungen werden ganze Familien schikaniert und geprügelt — und nicht nur Farbige, auch mißliebige Weiße. Über Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Demonstrationen gegen die amerikanischen Atomwaffen werden lange Akte angelegt, auch wenn ihr Vorgehen völlig legal ist. Häftlinge in England haben praktisch keine Rechte, sondern nur „Privilegien", die ihnen ohne Angabe von Gründen und ohne jegliche Berufungsmöglichkeit

Für das Verbot aller neonazistischen Organisationen

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer hat seit Jahren vor der neonazistischen Gefahr gewarnt. Mit Entschiedenheit trat er allen Versuchen entgegen, diese Gefahr zu leugnen oder zu bagatellisieren. Dabei wurde auf die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit hingewiesen, und die Notwendigkeit betont, rechtzeitig den Anfängen zu wehren.

Die Ereignisse haben diese Warnungen dramatisch bestätigt. Es genügt, auf die vielen Provokationen der Neonazis, zu denen auch Sprengstoffanschläge gehören, aufmerksam zu machen. Die Neonaziprozesse haben blitzartig die Umtriebe der Unbelehrbaren beleuchtet.

Die Forderung nach dem Verbot aller neonazistischen Organisationen ist daher aktueller denn je. Solange es nicht möglich ist, neue gesetzliche Grundlagen zu schaffen, gilt es, die bestehenden Gesetze konsequent gegen die Neonazis anzuwenden. Dies entspricht auch den Bestimmungen der Verfassung und des Staatsvertrages.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer haben stets betont, daß Verbote allein nicht genügen und die Aufklärung über das Wesen und die Verbrechen des Faschismus verstärkt werden muß. Die Bundeshauptversammlung begrüßt daher den zeitgeschichtlichen Unterricht an den Schulen, die Vorträge von Zeugen der Zeit, und die Angelobung von Soldaten des Bundesheeres im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen und im Karl-Marx-Hof. Auch die Initiative für die Anbringung einer Mahntafel am Geburtshaus Hitlers in Braunau am Inn ist ein Ausdruck erhöhter Wachsamkeit der Antifaschisten. Die Bundeshauptversammlung unterstützt die vielen Aktionen junger Menschen gegen den alten und neuen Faschismus.

(Resolution, einstimmig beschlossen von der Bundeshauptversammlung.)

Das Wettrüsten beenden – den Atomkrieg verhindern

Die Bundeshauptversammlung der sozialistischen Freiheitskämpfer ist zutiefst beunruhigt über die Fortsetzung des Wettrüstens, das in letzter Konsequenz zu einem Atomkrieg führen muß. Die Aufstellung neuer Atomraketen in Europa bedeutet, daß unser Kontinent in diesem Krieg zum atomaren Schlachtfeld werden soll. Die Bundeshauptversammlung begrüßt und unterstützt die Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Bundesrepublik Deutschland, die sich gegen die Raketenstationierung in West und Ost ausgesprochen hat.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer solidarisieren sich mit der Friedensbewegung, die in vielen Ländern, auch in Österreich, vor allem junge Menschen gegen die Gefahr eines Atomkriegs mobilisiert. Es genügt nicht, den Frieden zu wollen, man muß auch bereit sein, für ihn zu kämpfen.

Ausgehend von dieser Erkenntnis wurde auf der Bürositzung der Sozialistischen Internationale 1983 in Brüssel einstimmig eine Resolution beschlossen, in der es unter anderem heißt:

„Alarmiert durch die anwachsende Kriegsgefahr in verschiedenen Teilen der Welt und bestürzt darüber, daß große und kleine Mächte in zunehmendem Maße zu Gewalt greifen, appelliert die Sozialistische Internationale an alle ihre Mitgliedsparteien, gleichviel ob an der Regierung oder in Opposition, und darüber hinaus an alle Parteien und Menschen guten Willens, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die bestehenden Waffenarsenale abzubauen und Vorbedingungen für Sicherheit und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Das gegenwärtige Gleichgewicht des Schreckens muß durch ein Gleichgewicht der Vernunft und durch das Konzept gemeinsamer Sicherheit ersetzt werden."

Es gilt, in diesem Sinne zu wirken, wobei das neutrale Österreich einen wertvollen Beitrag im Ringen um die Erhaltung des Friedens zu leisten vermag.

(Resolution, einstimmig beschlossen von der Bundeshauptversammlung.)

von der Gefängnisleitung jederzeit genommen werden können.

Diese Liste wenig demokratischer Verhaltensweisen könnte noch lang und zum Teil mit ziemlich grauslichen Details fortgesetzt werden. Es genügt festzustellen, daß unter Thatcher England mehr als einen Schritt von der Demokratie zum Polizeistaat getan hat. Versteht man jetzt — ohne die Parallele zu übertreiben —, daß es Leute im Labour-Lager gibt, die die Erinnerung an den Widerstandskampf der österreichischen Sozialdemokraten für nützlich und lehrreich halten mögen?

Gerade in diesen Wochen muß man auch auf den immer härter werdenden Kampf der konservativen Regierung gegen die Gewerkschaften und ihre Rechte verweisen.

Von Wahl zu Wahl schwächer

Dies alles darf nicht für ein Zeichen eines Erstarkens der Konservativen gehalten werden. Es ist ganz im Gegenteil besser zu erklären mit der Angst der Konservativen. Wenn das Propagandagetöne schweigt, wenn das Gefasel vom Erstarken konservativer und vom Immer-schwächer-Werden sozialistischer Parteien, das uns die üblichen Medien und Schwätzer, von US-Agenturen bis zu ORF und Mock, vorsetzen, verstummt, dann kommt gerade die britischen Konservativen ein rechtes Grauen vor der Zukunft an. Denn trotz allem Thatcher-Getue, trotz angeblich strahlender Wahlsiege werden die britischen Konservativen von Wahl zu Wahl schwächer. Ihr Niedergang in kühlen Zahlen:[1]

1931 hatten sie ihre beste Zeit, dann ging es bergab, seit 1955 sogar überaus deutlich: 1955 hatten sie noch 50 Prozent, 1959 49 Prozent, 1970 46 Prozent, 1979 44 Prozent und bei den letzten Wahlen 1983 42 Prozent. Ihre parlamentarischen Mehrheiten ergeben sich aus dem bekannten britischen Wahlsystem, nicht aus Wahlerfolgen. (Während Konservative in der ganzen Welt, und das schließt die ÖVP ein, Thatchers 42 Prozent 1983 als großen Sieg feierten, trat in Österreich der sozialdemokratische Bundeskanzler und Parteivorsitzende zurück, weil die SPÖ „nur" 48 Prozent erhalten hatte.)

Fortsetzung auf Seite 16

Solidaritätsaktion:

180.000 S gesammelt

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer faßte den Beschluß, die Verbreitung der Broschüre: „Der Weg zum 12. Februar 1934" von Josef Hindels mit einer Spendenaktion im Dienste der internationalen Solidarität zu verknüpfen. Genossin Rudolfine Muhr, die Genossen Billmaier, Schmidt und Ballek haben diese Aktion mit großer Umsicht durchgeführt. Der bemerkenswerte Erfolg: Es konnten 180.000 Schilling gesammelt werden. Unter den Spendern gab es nicht wenige Genossinnen und Genossen, die in bescheidenen Verhältnissen leben, oft nur eine kleine Pension beziehen.

Auf Grund eines Beschlusses des Bundesvorstandes wurden je 60.000 Schilling dem Nicaragua-Komitee und der Chile-Solidaritätsfront gegeben, weitere 60.000 der karitativen Aktion des Schauspielers Karl-Heinz Böhm für notleidende Kinder in Äthiopien. Bei einer Sitzung des Bundesvorstandes und der Wiener Bezirksobmänner überreichte Genossin Rosa Jochmann dem Präsidenten der Chile-Solidaritätsfront, Genossen Dr. Herbert Berger, die Spenden für Nicaragua und Chile.

Genossin Rosa Jochmann sagte in einer kurzen Ansprache: Wir wissen aus eigener bitterer Erfahrung, was internationale Solidarität für Menschen bedeutet, die unter dem Joch einer faschistischen Diktatur leben. Genosse Dr. Herbert Berger schilderte die Situation im befreiten, aber ständig bedrohten Nicaragua. Er dankte der Genossin Rosa Jochmann für ihre Mitarbeit im Nicaragua-Komitee. Genosse Dr. Berger würdigte dann das Eintreten der Sozialistischen Freiheitskämpfer für den Freiheitskampf des chilenischen Volkes. Die Chile-Solidaritätsfront könnte für das chilenische Volk noch wesentlich mehr als bisher leisten, wenn alle Organisationen, die ihr angehören, so aktiv und hilfsbereit wären wie der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer.

„Immer auf der Seite von Frieden, Freiheit und Demokratie"

Literatur zum Thema Februar 1934 und Austrofaschismus

Neben einer großen Anzahl von neuen Publikationen über die Ereignisse des Februars 1934 versuchten einige Ausstellungen, auch im lokalen Bereich, bildungspolitische Aufklärungsarbeit über diese Zeit zu leisten. Ergänzungen finden diese zeitgeschichtlichen Ausstellungen durch informative Kataloge. Zwei dieser Kataloge ragen jedoch weit über das normale Maß begleitender Informationen hinaus.

Zunächst sind es die zwei Bände — Ausstellungskatalog und dazugehörender Aufsatzband — der Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918—1938)", die unsere Aufmerksamkeit erregen. „Mehr als 200 Augenzeugenberichte haben die Ausstellungsgestalter auf Band und Film aufgezeichnet... Abzeichen, Wimpel, Fahnen, Plakate, Aufrufe, Briefe und Bücher — allesamt einmal Träger eines revolutionären Kampfes um soziale Gerechtigkeit — sind im Zuge der Vorbereitung dieser in Österreich einzigartigen Ausstellung wie Schätze gehoben worden", heißt es in einer ersten Information darüber in der „Neuen Zeit". In drei großen Abschnitten, verfaßt von Robert Hinteregger, Karin Schmidlechner und Eduard Staudinger, berichten die Autoren im Katalogband in großen Zügen über die politische Geschichte, über die soziale Lage und über das sozialdemokratische Vereinsleben der steirischen Arbeiterbewegung in der Ersten Republik, ergänzt durch zahlreiche Abbildungen. In einem dazugehörenden Aufsatzband „Auf dem Weg in die Freiheit. Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte" geben fünfzehn mit der Thematik vertraute Verfasser wertvolle Impulse für eine systematische Erforschung der steirischen Zeitgeschichte. Neben der Aufarbeitung und Darstellung historischer und soziologischer Probleme berichten einige Beiträge über die bedeutenden Wirkungsmöglichkeiten der Arbeiterkultur in diesem Bundesland. Etwa über die steirische Arbeiterpresse, über die Arbeiterliteratur in der Steiermark oder über die Literatur zum Februar 1934. Dieser Band, der von Historikern aller politischen Gruppierungen gestaltet wurde (so steht etwa der Kirchenhistoriker Maximilian Liebmann neben dem Soziologen Christian Fleck), wird seinen gestellten Aufgaben, nämlich Anstöße zu bieten, mehr als gerecht. Beide Bände können im Set zu 200 Schilling bei der Geschäftsführung der Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht", 8700 Leoben, Roseggerstraße 11, bestellt werden.

Einen etwas anderen Weg schlugen die Herausgeber Helene Maimann und Siegfried Mattl in dem Katalog der Wiener Ausstellung „Die Kälte des Februar" ein. Vor allem

Der Ehrenvorsitzende der SPÖ, Bundeskanzler a. D. Dr. Bruno Kreisky, nahm am 12. Februar die Eröffnung der Ausstellung „Die Kälte des Februar" in der Koppreiterremise in Wien-Meidling vor, die großen Anklang gefunden hat.

ist es die Wiedergabe eines ausführlichen Gespräches mit Bruno Kreisky, dessen Äußerung über die Flucht Otto Bauers im Februar 1934 jedoch heftigen Widerspruch, in erster Linie von „Zeugen der Zeit", hervorgerufen hat, das die Dokumentation über einzelne Entwicklungslinien zur „Kälte des Februar" ergänzt. In den Dokumentationsabschnitten des Katalogs selbst gibt zunächst ein Historikerteam informative Übersichten über die faschistischen Wehrverbände in Österreich, den Republikanischen Schutzbund und über die politischen Schwerpunkte der Ersten Republik. Eine detaillierte Dokumentation der bewaffneten Auseinandersetzungen in den Bezirken Wiens und in den Bundesländern im Februar 1934 bildet einen weiteren Hauptteil des Kataloges. Augenzeugenberichte stehen hier neben Pressemeldungen. Unter der Kapitalüberschrift „Die zweite Gegenreformation" wird schließlich ein Bild des Arbeiterwiderstandes gegen den herrschenden Austrofaschismus gezeichnet, ehe die NS-Truppen im März 1938 Österreich besetzen. Auch hier werden wieder die historischen Abhandlungen durch eine große Anzahl von zeitgenössischen Fotos anschaulich ergänzt. Zum Preis von 188 Schilling (gebunden 288 Schilling) ist dieser Katalog erhältlich.

Beide Ausstellungen und die begleitenden Kataloge unterstreichen recht einprägsam die Aussage Fred Sinowatz' über den Stellenwert der Februarereignisse 1934: „Die sozialistische Bewegung dieses Landes wird sich den Lehren des 12. Februar immer verpflichtet wissen. Sie ist stolz darauf, daß sie in schwierigster Zeit immer auf der Seite des Friedens, der Freiheit und der Demokratie gestanden ist."

Was die Herausgeber des Bandes „Austrofaschismus" bereits im Vorwort ankündigen ... „ökonomische und politische Faktoren des Konstituierungsprozesses, die Rolle des politischen Katholizismus usw..." zumindest ansatzweise aufzuzeigen, scheint in diesem Sammelband gut gelöst zu sein.

Fortsetzung von Seite 15

Drei klare Gründe

Der dauernde Niedergang der britischen Konservativen hat drei klare Gründe: während 1945 bis 1949 noch 7 Prozent mehr Frauen als Männer die Tories wählten, ist dieser Vorsprung der Konservativen bei den Frauen in den Jahren 1979 bis 1983 auf null Prozent gesunken. Gleichzeitig verloren die Tories traditionelle Mehrheiten in Teilen Englands, in Schottland und in Ulster. Und schließlich verloren sie traditionelle Bastionen auch in großen Städten, wie Glasgow, Liverpool, Manchester und Sheffield, wo sie in den Jahren 1955 bis 1983 zwischen 29 und 14 Prozent ihrer Stimmen einbüßten.

Als die Konservativen ihrer Herrschaft noch sicher waren, konnten sie sich mit aktiven freien Gewerkschaften und mit Labour-Mehrheiten in großen Städten abfinden. Heute wackeln sie — trotz ihrer großen Mehrheit im Unterhaus. Die britischen Konservativen haben guten Grund, die Zukunft zu fürchten. Ihr Vorgehen gegen Labour-Mehrheiten in großen Städten, ihr Vorgehen gegen Gewerkschaften und Gewerkschaftsrechte, zunehmende Polizeistaatsmethoden mit erstaunlichen Freiheiten für die verschiedensten Geheimdienste — das alles ist Zeichen und Folge dieser Furcht.

Eine Februar-1934-Ausstellung in London hatte in einer solchen Situation möglicherweise recht aktuelle Aussagen zu machen.

---

[1] **Siehe John Ross „Thatcher and Friends. The anatomy of the Tory Party", Pluto Press 1983.**

Natürlich kann und wird auch von den unterschiedlichen Ausgangspositionen der Autoren nicht das ganze Spektrum erfaßt. Trotz alledem darf dieses Buch in keiner Bibliothek von Lesern fehlen, welche sich für diese Zeit der Zeitgeschichte, oder als Referenten und Funktionäre der Bildungsbewegung betätigen.

Und nun einiges zu einzelnen Abschnitten.

H. Kernbauer/F. Weber behandeln in leicht lesbarer Form ein ungeheuer schwer verständliches Gebiet: Politische Ökonomie. Mit Genauigkeit und sprachlicher Brillanz rollt vor unseren Augen die Zeit von 1918—1934 ab. Vor allem wird auch auf die Wichtigkeit des österreichischen Bankwesens für den mitteleuropäischen Raum hingewiesen. Wesentlich erscheint aber auch der Hinweis, der endgültig die „Seipelsanierung" in das Reich der Fabeln verweist.

Vielleicht sollte man die Beiträge von Hanisch (Der Politische Katholizismus ...) und Dachs (Austrofaschismus und Schule) unmittelbar nacheinander lesen, um die Komplexität und Kompliziertheit, aber auch das Ineinandergreifen deutlicher zu erkennen.

Sigi Mattls Beitrag über die „Finanzdiktatur" liest sich stellenweise wie eine Zensurverteilung an der derzeitigen Regierungspolitik. Wichtig erscheint in diesem Beitrag vor allem immer wieder der Hinweis auf die Marktmechanismen und Machtverhältnisse. Nichts „Ständisches", nur kapitalistische Konkurrenz. Basisüberbau wird hier verdeutlicht.

Vor allem Neugebauers Beitrag läßt viel Raum zum „Selberdenken".

Wie die Gegenwart durch die Vergangenheit geprägt wurde und immer noch wird, zeigt uns deutlich der Beitrag von Peter Malina/Gustav Spann auf: „Hilflose Schulbücher".

Hier können wir genau erleben: „Wieviel Vergangenheit ist in der Gegenwart und wieviel Gegenwart begegnen wir in der Vergangenheit!

Sehr wichtig ist auch, daß jedem Beitrag, jedem Abschnitt ein ausführliches Glossar folgt.

Gerade in der Zeit, in der Sozialpolitik im Kreuzfeuer und im Blickpunkt steht, sollten sich „Sozialfachleute" E. Tálos' Kapitel „Sozialpolitik im Austrofaschismus" vornehmen.

(Robert Hinteregger, Karin Schmidlechner, Eduard Staudinger: Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus [1918—1938]. Wanderausstellung vom 13. Jänner bis 30. November 1984 in allen steirischen Bezirken. Graz: Kuratorium der Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht", 1984, 185 Seiten.

Robert Hinteregger, Karl Müller, Eduard Staudinger [Hrsg.]: Auf dem Weg in die Freiheit [Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte]. Graz: Kuratorium der Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht", 1984, 356 Seiten.

Helene Maimann, Siegfried Mattl [Hrsg.]: Die Kälte des Februar. Österreich 1933—1938. Wien: Junius Verlag, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1984, 175 Seiten.

„Austrofaschismus": Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934—1938, hrsg. von E. Tálos/W. Neugebauer, Verlag für Gesellschaftskritik, 1984.)

Aus den Landesorganisationen

Kärnten

Jahreshauptversammlung. Im Hause des ÖGB in Klagenfurt tagte am 8. Februar 1984 die Hauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Landesverband Kärnten. Bei dieser Hauptversammlung konnte Landesobmann Landtagspräsident i. R. Hans Pawlik als Ehrengäste den Landesparteisekretär Bundesrat Dr. Peter Ambrozy, Abg. Dr. Helga Hieden, den Obmann der Jungen Generation Kärnten Gerhard Mock sowie den Obmann der Sozialistischen Jugend Peter Kaiser begrüßen.

Bei der Totenehrung wurde der verstorbenen Mitglieder, insbesondere aber unseres Vorstandsmitglieds Dkfm. Johannes Schleicher sowie des Landeskassiers Alois Brenter gedacht.

Der Landesparteisekretär Bundesrat Dr. Peter Ambrozy überbrachte die Grüße des Landesparteivorstandes der SPÖ Kärnten an die Hauptversammlung und wies in seinen Ausführungen besonders auf die Ereignisse des 12. Februar 1934 hin.

Außerdem teilte er mit, daß die SPÖ Kärnten zahlenmäßig noch nie so groß war wie in diesen Tagen. Man bereite sich intensiv auf die kommenden Wahlauseinandersetzungen, vor allem aber auf die Landtagswahl vor.

Der Landesobmann, Landtagspräsident i. R. Hans Pawlik, brachte den Organisationsbericht für die Zeit seit der letzten Hauptversammlung am 6. März 1981. Der Landesverband hielt in der Berichtszeit vier Landesvorstandssitzungen ab.

Der Mitgliederstand unseres Bundes ist naturgemäß von 110 auf 98 gesunken.

Weiters haben unsere Vorstandsmitglieder an zwei Arbeitstagungen in Wien teilgenommen. Ebenso hat man zu dem Alpen-Adria-Treffen jeweils Delegierte entsandt.

Der Landeskassier Franz Poganitsch überbrachte den Kassabericht und konnte mit Genugtuung feststellen, daß vom Amt der Kärntner Landesregierung Subventionsmittel — und hier vor allem vom zuständigen Referenten Landesrat Rudolf Gallob — zur Verfügung gestellt wurden. Dem zuständigen Referenten gebührt deshalb der große Dank unseres Bundes.

Über Antrag der Kontrolle wurde dem Landeskassier und dem Landesobmann einstimmig die Entlastung erteilt.

Wie alljährlich ehrten unsere Funktionäre durch Kranzniederlegung am Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl an den Gedenktagen des 12. Februar 1934 sowie an den Nationalfeiertagen 26. Oktober und Allerheiligentag den Opfertod der 1000 Kärntner Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Der Landesobmann berichtete abschließend über Vorträge und diverse Aktionen im Berichtszeitraum.

In der Diskussion sprachen die Genossen Schweinzer, Müller, Wieser, Griebichler, Messner sowie Kersche zu aktuellen Fragen unseres Bundes und den politischen Tendenzen.

Aus dem Wiener Landesverband

Landeshauptversammlung. Am 8. Februar 1984 hielten die Sozialistischen Freiheitskämpfer von Wien ihre Landeshauptversammlung ab. Es waren 129 Delegierte im Haus der Begegnung Leopoldstadt anwesend.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Landesobmann Blau sprach Alt-Gemeinderat Sagmeister namens der SPÖ Leopoldstadt seine Freude darüber aus, daß diese Tagung erstmals in der Leopoldstadt stattfindet, überbrachte die Grüße des Bezirksobmannes, Abg. Dr. Edgar Schranz, versicherte, daß die Bezirksgruppe Leopoldstadt der Freiheitskämpfer mit ihrem Obmann Abg. a. D. Otto Skritek wie bisher die volle Unterstützung der SPÖ Leopoldstadt haben wird und wünschte der Konferenz ein volles Gelingen.

Dann stellte der Obmann die Beschlußfähigkeit fest und begrüßte den Referenten, den bekannten Historiker Prof. Hugo Pepper. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt.

Zur Totenehrung erhoben sich die Teilnehmer von ihren Sitzen und, untermalt von der Musik „Die unsterblichen Opfer", hob Genosse Kurt Schmidt von den 199 verstorbenen Genossinnen und Genossen die Namen von 43 besonders verdienstvollen Kämpfern, darunter den Obmann der Bezirksgruppe Landstraße, Illedits, hervor. Der Vorsitzende stellt fest, daß alle Verstorbenen zeitlebens der sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft die Treue gehalten haben, daß sie bereit waren, für die Freiheit, Demokratie und Humanität Opfer zu bringen und daß sie für

uns immer Vorbilder sein werden und unvergessen bleiben werden. Er dankte für die Totenehrung.

Das provisorische Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Hilde Mauritz für die Bezirksgruppe 3, Alexander Blum für die Bezirksgruppe 5, Ferdinand Wasserberger für die Bezirksgruppe 8, Franz Punz für die Bezirksgruppe 20 und Georg Dolezal für die Bezirksgruppe 21, wurde gewählt.

Landesobmann-Stellvertreter Otto Skritek übernahm den Vorsitz. Genosse Blau berichtete über die Mitgliederbewegung, die mit Ende 1983 einen Zuwachs von 75 Mitgliedern ausweist. Bei der kommenden Bundeshauptversammlung wird eine Änderung der Statuten beschlossen werden, die ein Auftakt zu einer großen Mitgliederwerbung, vor allem von jungen Sozialisten, sein wird.

In Erfüllung der drei großen Aufgabenbereiche des Bundes war das Jahr 1982 auch dem Gedenken der Opfer von Schattendorf und des tollwütigen Schießens der Polizei auf eine unbewaffnete Demonstration gegen das Schandurteil vor dem Justizpalast vor 55 Jahren; das Jahr 1983 war der Trauer über die Ereignisse vor 50 Jahren, der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, der Vernichtung der Demokratie und der demokratischen Parteien, Ausschaltung des Parlaments in Österreich, Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und der immer zunehmenderen Entrechtung der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen gewidmet.

1984 ist dem Gedenken an den heldenhaften Freiheitskampf der Schutzbündler, die vielen Opfer und den Beginn des unseligen Austrofaschismus gewidmet, und deshalb sprach Genosse Pepper zum Thema „Freiheitskampf der österreichischen Arbeiterschaft vor 50 Jahren".

Dann berichtete der Obmann über die Aktivitäten zur Bekämpfung von Neofaschismus, Reaktion, Rassismus und Antisemitismus in Österreich und aller Welt und hob dankend den großen Einsatz der sozialistischen Jugendorganisationen und unseres Kontaktkomitees sowie vor allem unserer Vorsitzenden Genossin Rosa Jochmann und Prof. Josef Hindels hervor.

Dann berichtete er über Neuerungen im Rahmen des Opferfürsorgegesetzes und die Möglichkeiten der Betreuung der Kämpfer, Opfer und Hinterbliebenen.

Schließlich dankte er dem Bundesvorstand, den ehrenamtlichen Mitarbeitern des Sekretariates des Bundes, den Bezirksgruppenobmännern und allen Funktionären sowie den Mitgliedern des Landesgruppenvorstandes für ihren beispielhaften Einsatz und ihre Opferbereitschaft.

Anschließend berichteten Landeskassier Alois Ballek und für die Kontrolle Genossin Erna Musik, deren Antrag auf Entlastung des Vorstandes einstimmig angenommen wurde.

Dann stellte Prof. Pepper mit Zitaten aus Büchern und Reden konservativer Persönlichkeiten, die in der Christlichsozialen Partei hohe und höchste Funktionen gehabt haben, eindeutig klar, daß sogar von diesen die volle Schuld an der Vorgeschichte und die faschistische Niederzwingung der Arbeiterbewegung anerkannt wurde und es daher keine „geteilte", sondern die volle Schuld der Reaktion war, die schließlich den Freiheitskampf der Schutzbündler zur Folge hatte.

Die Debattenredner schlossen sich dieser Meinung voll an, und der Vorsitzende dankte dem Referenten für sein ausgezeichnetes Referat.

Einstimmig wurde folgender Landesvorstand gewählt:

Obmann Robert Blau, Obmannstellvertreter Otto Skritek und Karl Milota.

Kassier Alois Ballek, Kassierstellvertreter Kurt Schmidt.

Schriftführer Eduard Schlesinger, Schriftführerstellvertreter Steffi Fahn.

Mitglieder der Landeskontrolle: Friedrich Eibicht, Erna Musik und Otto Wolf.

Beisitzer: Paul Bernstein, Alfred Billmaier, Herbert Exenberger, Maria Hirschler, Rudolf Kromer, Franz Mödlagl und Gilbert Wasserberger.

Mit dem Singen der „Internationale" wurde die eindrucksvolle Landeshauptversammlung geschlossen.

Hietzing

Jahreshauptversammlung. Am 9. März 1984 fand im Saal der SPÖ Hietzing die Jahreshauptversammlung statt.

Der Bezirksobmann, Genosse Schlesinger, konnte das Präsidium der SPÖ Hietzing, Landtagsabgeordneten Genossen Rosenberger, Landtagsabgeordneten Genossen Mayrhofer, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Genossen Gutmannsbauer und Bezirksrat Sveda, den ehemaligen Leiter der Opferfürsorgeabteilung im Sozialministerium, Min.-Rat Genossen Dr. Willner, und den Referenten, Genossen Prof. Hindels, begrüßen. Entschuldigt war Bezirkssekretär Nell.

Nach Begrüßung der anwesenden Mitglieder und Bekanntgabe der Tagesordnung wurde für die im Jahr 1983 verstorbenen drei Genossinnen und vier Genossen eine Trauerminute stehend gehalten. Unter den Toten befindet sich auch der langjährige Mitarbeiter Genosse Leopold Hruschka.

Genosse Schlesinger brachte sodann den Bericht der Organisation, den Bericht über die Mitgliederbewegung und den Kassabericht, da die Kassierin, Genossin Heinzl, verhindert war. Er dankte allen Mitgliedern für die Spenden und den Genossen und Genossinnen des Bezirksvorstandes der Partei, dem Sekretariat und allen Mitarbeitern der Bezirksgruppe.

Für die Kontrolle berichtete Genosse Brummer und stellte den Antrag, dem Ausschuß und dem Kassier die Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Bezirksobmann der SPÖ, Genosse Rosenberger, dankte namens der Partei für unsere Arbeit.

Genosse Prof. Hindels hielt dann ein ausgezeichnetes Referat über den „12. Februar 1934 und die Gegenwart in Sicht unserer Bundeshauptversammlung".

Nach dem Referat, das mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, wurde eine Ersatzwahl durchgeführt. An Stelle des verstorbenen Genossen Hruschka wurde Genosse Karl Harrer in die Kontrolle gewählt.

Ferner wurde über Vorschlag des Bezirksausschusses Genossin Rudolfine Muhr zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Ottakring

Jahreshauptversammlung. Am Vorabend unserer Bundeshauptversammlung hielt die Bezirksgruppe am 9. Februar 1984 um 19 Uhr ihre Jahreshauptversammlung ab.

In Anbetracht der Veranstaltungen zum Gedenken an den 12. Februar 1934, die in unserem Bezirk geplant und vorbereitet wurden, luden wir keinen Referenten zu unserer Versammlung ein. Es wurden nur ein Bericht über die Tätigkeit unserer Bezirksgruppe gegeben sowie Neuwahlen durchgeführt.

Bei den Neuwahlen unserer Gruppenfunktionäre gab es nur eine Änderung. Durch den Tod unseres Genossen Hans Hezuky (25. Dezember 1982), welcher der Kontrolle angehörte, war es notwendig, diese Stelle neu zu besetzen. Auf einstimmigen Vorschlag wurde seine Gattin Maria zur Abstimmung gebracht und gewählt.

Die wiedergewählten Funktionäre der Bezirksgruppe sind:

Obmann: Friedrich Eibicht, Stellvertreter: Franz Linert; 1. Kassier: Franz Segulin, 2. Kassier: Leopold Herzog; 1. Schriftführer: Rudolf Grasgruber, 2. Schriftführer: Rudolf Dominko; 1. Kontrolle: Max Pleil, 2. Kontrolle: Maria Hezuky.

Die Jahresversammlung wurde mit Vorführung eines Filmes über die Zeit ohne Gnade aus dem Verleih der Bildungszentrale, „Im Namen des Führers", beendet.

Hernals

Jahreshauptversammlung. Am 18. Jänner 1984 fand im Arbeiterheim in Anwesenheit von 53 Mitgliedern die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Hernals statt.

Der Obmann der Bezirksorganisation Hernals der

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:
Herbert Exenberger, Prof. Walter Hacker, Josef Hindels, Peter Lhotzky, Kurt Martinek (Fotos), Rudolfine Muhr, Anton Silhan, Hans Waschek.

SPÖ, Abg. Josef Veleta, begrüßte die Teilnehmer, hob die gute Zusammenarbeit mit den Freiheitskämpfern in Hernals hervor und versicherte, daß deren wichtiges Wirken im Rahmen der Sozialistischen Partei auch in Zukunft mit einer vollen Unterstützung rechnen kann. Er ist selbst Mitglied der Freiheitskämpfer und wünschte namens des Bezirksparteivorstandes den Beratungen einen guten Erfolg.

Obmann Robert Blau stellte die Beschlußfähigkeit fest, dankte den Teilnehmern für das Dabeisein und begrüßte den Referenten, Genossen Prof. Hugo Pepper, der als Historiker und profunder Kenner der Ereignisse und der Vorgeschichte des Februar 1934 referierte.

Der Vorsitzende betrauerte das Ableben der Genossen Rudolf Geiger, Ottokar Behensky, Friedrich Stippl, Emilie Gastgeb und Franz Cypin sen. und versicherte, daß diesen verdienten und opferbereiten Kampfgefährten stets ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahrt werden wird.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde ebenso wie das provisorische Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Wilhelm Greiner, Julie Los und Rudolf Lambor, genehmigt.

Obmannstellvertreter Rudolf Kromer übernahm den Vorsitz. Obmann Blau berichtete, daß die Bezirksgruppe am 31. Dezember 1983 105 Mitglieder hatte und er dankte besonders Genossen Alfred Stemmer, der nicht nur mit Hilfe der Mitarbeiterinnen des Bezirkssekretariates der SPÖ Hernals ein hundertprozentiges Beitragsinkasso durchführte, sondern auch ein eifriger und erfolgreicher Werber gewesen ist. Auch dem Vorstand der SPÖ 17 ist die Bezirksgruppe zu großem Dank verpflichtet, stellt diese unter anderen Hilfen doch jedes Jahr einen Autobus zur Fahrt zu den Schweigemärschen im Februar auf dem Zentralfriedhof zur Verfügung.

Natürlich beteiligt sich die Bezirksgruppe an allen Aktionen des Bundes, und niemand bezweifelt nach den neofaschistischen Exzessen, den Terror- und Bombenattentaten, daß das Mahnen der Freiheitskämpfer berechtigt gewesen ist.

Allen Mitgliedern steht Rat und Hilfe in den Sprechstunden der Bezirksgruppe an jedem Montag in der Rötzergasse 27 zur Verfügung.

Abschließend dankte der Obmann allen Mitgliedern des Vorstandes für ihre Mitarbeit und bat um Verständnis dafür, daß er nach einer 35jährigen Funktionsausübung nicht mehr als Obmann kandidiert, da er doch schon seit 25 Jahren Wiener Landesobmann der Freiheitskämpfer ist. Er wird aber weiterhin der Bezirksgruppe mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Genosse Kromer hob die Verdienste des Genossen Blau für die Gruppe hervor und dankte ihm, daß er bereit ist, weiterhin als Obmannstellvertreter zu wirken.

Dann berichteten Kassier Alfred Stemmer und für die Kontrolle Genosse Leopold Pischlöger, dessen Antrag, den Vorstand zu entlasten, einstimmig zugestimmt wurde.

Dem neugewählten Vorstand gehören an:

Obmann Rudolf Kromer, Stellvertreter Robert Blau und Leopold Hölzl. Kassier Alfred Stemmer, Stellvertreter Rudolf Böck. Schriftführer Johanna Zachoval, Stellvertreter Helene Cmejrek. Beisitzer: Fritz Franke und Alfred Ströer. Kontrolle: Leopold Pischlöger und Leopold Nowotny.

Dann wurden delegiert:

Zur Landeshauptversammlung: Alfred Stemmer, Fritz Franke, Helene Cmejrek, Leopold Pischlöger, Leopold Hölzl und Rudolf Böck (als Mitglieder des Landesvorstandes sind Robert Blau und Rudolf Kromer ohnehin teilnahmsberechtigt).

Zur Bundeshauptversammlung: Rudolf Kromer, Alfred Stemmer und Johanna Zachoval (Robert Blau ist Mitglied des Bundesvorstandes). Bezirksausschuß SPÖ Hernals: Alfred Stemmer und Rudolf Böck. Bezirkskonferenzen SPÖ Hernals: Johanna Zachoval und Rudolf Böck. Obmännersitzungen des Bundes: Alfred Stemmer und Leopold Hölzl (Robert Blau und Rudolf Kromer sind ohnedies teilnahmsberechtigt).

Obmann Kromer dankte namens der Gewählten für das Vertrauen und versprach mit seinem bewährten Team eine gute Arbeit zu leisten.

Dann sprach Prof. Pepper zur Vorgeschichte und den Kämpfen im Februar 1934, und mit Zitaten aus Büchern und Reden von Spitzenmandataren der Christlichsozialen Partei und der Heimwehr bewies er, daß sogar sie die volle Schuld an der Entwicklung und den Geschehnissen des Freiheitskampfes der Schutzbündler im Februar 1934 anerkenne und daß die These einer geteilten Schuld vor der nunmehr klargelegten Geschichte, gestützt auf Archive und Zeitdokumente, vollkommen falsch ist.

Mit der Internationale wurde die Hauptversammlung geschlossen.

Brigittenau

Gedenken an Josef Gerl. Die Freiheitskämpfer der Brigittenau haben mit der Bezirksorganisation gemeinsam am 7. Februar 1984 an den Gedenktafeln der Justifizierten Kränze niedergelegt sowie ihrer gedacht. Der Abschluß fand im Haus des Genossen Josef Julius Gerl statt, zwei Genossinnen von den Roten Falken flankierten mit Fahnen die Weihestätte, es sprachen die Genossin Erna Musik und der Genosse Alfred Billmaier Worte des Gedenkens, zum Abschluß sangen die Mädchen das Lied vom „Kleinen Trompeter", und alle stimmten ein.

Opferfürsorge

Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1984

Für Aushilfen (generelle Beschlüsse der OFK)

	1984	1983
Einzelpersonen:	S 7.500.–	(S 7.043.–)
Ehepaare:	S 11.000.–	(S 10.565.–)
Erhöhungsbeitrag pro Kind:	S 2.500.–	(S 2.507.–)

Einkommensgrenzen für Leistungen der Heilfürsorge

Einzelpersonen:	S 13.158.–	(bis 31. 12. 1983	S 12.595.–)
Ehepaare:	S 16.566.–	(bis 31. 12. 1983	S 15.871.–)
Erhöhungsbeitrag pro Kind:	S 2.700.–	(bis 31. 12. 1983	S 2.645.–)
Zuschuß für Kur- bzw. Erholungsaufenthalt:	S 219.–	(bis 31. 12. 1983	S 210.–)
Zuschuß für Zahnkronen:	S 1.097.–	(bis 31. 12. 1983	S 1.050.–)

Für Spitalsaufenthalte

Einzelpersonen:	S 11.938.–
Ehepaare:	S 15.044.–
Erhöhungsbeitrag pro Kind	S 2.500.–

Für Härteausgleiche Bestattungskostenbeitrag

Einzelpersonen:	S 11.938.–
Ehepaare:	S 15.044.–
Erhöhungsbeitrag pro Kind:	S 2.500.–

Lieber Genosse! Liebe Genossin!

Wir haben Dir die Einkommensgrenzen, die ab 1. Jänner 1984 gültig sind, obenstehend bekanntgegeben. Nimm dieses Blatt aus dem Kämpfer, damit Du, wenn es notwendig ist, auch Auskunft über die Einkommensgrenzen bei Ansuchen geben kannst.

Bei dieser Gelegenheit machen wir aufmerksam, daß jedem Ansuchen eine Einkommensbestätigung beigelegt werden muß. Bei Kur- und Erholungsaufenthalten auch eine ärztliche Bestätigung. Bei Spitalsaufenthalten die Bestätigung aus dem Krankenhaus über die Dauer der stationären Behandlung. Wir machen weiters noch einmal aufmerksam, daß bei Spitalsaufenthalten bei Dauer von 15 Tagen schon ein Antrag gestellt werden kann.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010 **P. b. b.**

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

DER HEISSE DRAHT

Information aus erster Hand

Bitte rufen Sie uns an

Wien (0 22 2) **15 16**
Graz (0 31 6) **849**
Innsbruck (0 52 22) **19 56**
Klagenfurt (0 42 22) **195**
Linz (0 73 2) **155**
Salzburg (0 62 22) **194**

SPÖ-Tonbanddienst

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 15. Juni 1984

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

2, Praterstern 1 ..... Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 ..... Jeden 1. u. 3. Mi. 17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b ..... Jeden 1. Di. 17 bis 18 Uhr
5, Kohlgasse 27 ..... Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 ..... Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
8, Albertgasse 23 ..... Jeden 1. Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I ..... Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I .... Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 96 a ..... Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 ..... Mi. 15 bis 16 Uhr
13, Wolkersbergenstr. ..... Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 ..... Jeden 2. Mi. 15 bis 16 Uhr
15, Hackengasse 13 ..... Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 ..... Do. 18 bis 19 Uhr
17, Rötzergasse 29 (Mietervereinig.) .... Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 ..... (nach Vereinbarung)
19, Billrothstraße 34 ..... Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge ..... Jeden 1. u. 3. Do. 16 bis 18 Uhr
20, Raffaelgasse 11 ..... Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Franz-Jonas-Platz 8 ..... Jeden Di. 17 bis 18 Uhr
22, Donaufelder Str. 259 .... Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Sekr., Klublokal (Parterre), Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

Landesverband NÖ, Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Landesparteisekretariat ..... Jeden 1. Di. 11 bis 12 Uhr
Baden, Rathaus Traiskirchen, F. Jirovetz, Sozialreferent ..... Jeden 1. Mo. 8 bis 9 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ ..... Jeden 1. Samstag 9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Bezirkssekretariat der SPÖ ..... Jeden 1. Samstag 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Bezirkssekretariat der SPÖ ..... Jeden 1. Freitag 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Körnerhalle, Rauchsalon ..... Jeden 1. Dienstag 9 bis 11 Uhr

Burgenland:

Eisenstadt, Permayerstraße 2, Bezirkssekretariat der SPÖ ..... Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, ÖGB-Haus, I. Stock, Pensionistenverband ..... Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3 ..... Jeden Mo. und Mi. 9 bis 11 Uhr
Steyr, Leopold-Werndl-Straße 10, ... Jeden Do. 15 bis 17 Uhr

Salzburg:

Salzburg, Paris-Lodron-Straße Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 ..... Jeden Di. und Fr. 8 bis 12 Uhr

Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17 ..... Jeden 1. Mi. 18 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur, Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim Wiener Straße, Zimmer 14 ..... Jeden 2. Mi. 18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirkssekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ... Jeden 1. Freitag 14 bis 16 Uhr